

Magdolna GEDEON\*  
Die historische Übersicht über das Bergrecht als das Recht der natürlichen  
Ressource \*\*

## 1. Berghoheit, Bergregal

Wenn wir die Geschichte des Bergrechts als des mit den natürlichen Ressourcen zusammenhängenden Rechtsmaterials betrachten, können wir bemerken, dass in diesem Rechtszweig die Regeln verschmelzen, die sich auf das Berg-, Hütten- und Forstwesen, also auf die Montanindustrie beziehen. Diese drei Gebiete schlangen sich unzertrennlich ineinander. Demzufolge wurde die erste Forstlehranstalt als das Institut der Bergkammer in Schemnitz organisiert, und diese vereinigte sich im Jahre 1846 mit der Berg- und Hüttenschule, und erhielt den Name k. und k. Berg- und Forstakademie.<sup>1</sup>

Die Regierung des Berg- und Hüttenwesens, und die Sicherung der Einnahme aus diesem Wirtschaftszweig bedurften die detaillierten Verwaltungsregeln. Wegen der gefährlichen Tätigkeit erschienen die frühen Arbeits- und Sozialrechtsregeln erst auf diesem Gebiet. Daneben begründeten die zum Bergbau nötigen bedeutenden Investitionen das privatrechtliche, gesellschaftliche Rechtsmaterial.

Die Änderungen der bergrechtlichen Regeln wurden durch die Rolle des Königs in der Montanindustrie stark beeinflusst. Der König wurde mit der Krönung nicht nur zur Regierung des Staates, sondern auch zur Regierung des Berg- und Hüttenwesens ausgenannt, er war der oberste Bergherr geworden.<sup>2</sup> Die besonderen Bedürfnisse des Bergwesens brauchten eine Person, der den ganzen Wirtschaftszweig in seiner Hand halte. Der Herrscher erhielt nicht nur die Befugnis der Regierung auf diesem Gebiet, sondern er erhielt auch das Verfügungsrecht über die Bergprodukte. Vom rechtlichen Aspekt ist deshalb die Grundfrage, die Bergschätze auf welchem Grund dem König gehörten, warum das Eigentum der Boden und der darin befindlichen natürlichen Ressourcen voneinander getrennt wurden. Bei der Antwort unterscheidet die Fachliteratur zwei Epochen, die Epoche vor und nach dem Mongolensturm.

---

\* dr. jur., PhD, Universitätsdozent, Universität Miskolc, Staats- und Rechtswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Römisches Recht, e-mail: [jogmagdi@uni-miskolc.hu](mailto:jogmagdi@uni-miskolc.hu)

\*\* *This study has been written as part of the Ministry of Justice programme aiming to raise the standard of law education.*

<sup>1</sup> Zsámboki László: Évezredes kapcsolat a bányászat, a kohászat és az erdőszet között [Die tausendjährige Verbindung zwischen Berg-, Hütten und Forstwesen], in: Zsámboki László (Hrg.): *Selmeci ezüst, körömcői arany* [Schemnitzer Silber, Kremnitzer Gold], Rudabánya-Miskolc, Érc- és Ásványbányászati Múzeum, 2005, 8.

<sup>2</sup> Wenzel Gusztáv: *A magyar bányajog rendszere* [Das System des ungarischen Bergerchts], Pest, Athenaeum, 1872, 74.

Aus den bezüglichen Quellen kann das Ergebnis abgeleitet werden, dass der König in der ersten Epoche für sich die Böden behielt, wo die Bergwerke lagen. Der König ließ diese Bergwerke mit eigenen Bergleute bearbeitet, die die Ungarn – nach dem Beweis der Urkunden – auf den Sklavenmärkten kauften. Die späteren Gesetze und einige Urkunden zeigen, dass der König, wenn eine Grube an einem Boden eines Grundherrn geschürft wurde, diesen Boden beschlagnahmen konnte.<sup>3</sup> So kann das festgestellt werden, dass der König in der Epoche vor dem Mongolensturm selbst die Bergbautätigkeit verrichtete. In der Epoche nach dem Mongolensturm konnte er über die Bergschätze auf dem Grund des Bergregals verfügen.

In der Fachliteratur herrscht die einheitliche Meinung, dass das Rechtsinstitut des Bergregals in Ungarn vom Deutschland übernommen wurde. Heiner Lück meint: *“Die schriftlich überlieferte Geschichte des Bergrechts im Sacrum Romanum Imperium beginnt mit Nachrichten über das Bergregal.”* Mit dem Bergregal können wir zuerst auf dem Reichstag in Roncaglia 1158 treffen, wo der Kaiser Friedrich I. Barbarossa mit Hilfe römisch-rechtlich gebildeter Juristen aufzeichnen ließ: *“Regalia sunt haec:... argentariae... et salinarum redditus ...”*<sup>4</sup> Bezüglich der Erscheinung des Bergregals ist die andere wichtige Bemerkung in der deutschen Fachliteratur, dass dieses Institut in der Zeit festgestellt wurde, als es eindeutig gemacht werden sollte, was zum Vermögen des Kaisers und was zum Eigentum des Papsts gehört.<sup>5</sup> Wenn wir die ungarischen Verhältnisse betrachten, beginnt die Verleihung der Böden im großen Maß im 13. Jahrhundert, und es sollte festgestellt werden, wem die in dem Boden fundbaren Edelmetallen gehören.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> Z. B. Im Jahre 1277 erteilte Ladislaus IV. die Siedlung Nadaser dem Sohn von Endre dem Matthias, anstatt der Siedlung Chremele, wo ein Goldbergwerk geöffnet wurde. Den Text der Urkunde siehe in: Wenzel Gusztáv (Hrg.): *Codex diplomaticus Arpadianus continuatus – Árpádkori új okmánytár* [Neuer Kodex der Urkunden aus der Epoche der Arpaden], XII. Pest, 1874, 199-201. Vgl. Ember Győző: *Az újkori magyar közgazdaság története Mohácstól a török kiűzéséig* [Die Geschichte der ungarischen Verwaltung in der Neuzeit von Mohács bis zur Vertreibung der Türken], Budapest, Irodalmi, Művészeti és Tudományos Intézet, 1946, 286.

<sup>4</sup> Heiner Lück: Die Entwicklung des deutschen Bergrechts und der Bergbaudirektion bis zum Allgemeinen (preußischen) Berggesetz 1865, in: Wolfhard Weber (Hrg.): *Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 2: Salz, Erden und Kohlen. Der Aufbruch in die Moderne im 18. und frühen 19. Jahrhundert*, Münster, Aschendorff Verlag 2015, 111.

<sup>5</sup> L. Lena Asrih: Zur Problematik des Bergregalbegriffs und zu den Anfängen des Bergregals in der Markgrafschaft Meißen, in: *ArcheoMontan 2012, Internationale Fachtagung, Dippoldiswalde 18. bis 20. Oktober 2012*, Landesamt für Archäologie, Freistaat Sachsen, 154.

<sup>6</sup> So z. B. steht die erste Erwähnung des wegen des Bergregals dem König zustehenden Teils in der Urkunde aus 1211, worin Andreas II. das Burzenland dem Deutschen Order erteilt, und er verleiht ihm das Recht, Gold- und Silberbergwerke zu öffnen. Den Text der Urkunde siehe: Fejér György: *Codex Diplomaticus Hungariae ecclesiasticus ac civilis* III/1. Buda, 1829, 106-108.) Also sollte das eindeutig festgestellt werden, wenn Gruben auf diesem Gebiet geschürft werden, ein Teil der abgebauten Erze gehört dem König. Wie es bekannt ist, wurde der Deutsche Order nicht zur Bergbautätigkeit, sondern zur Grenzverteidigung vom Andreas II. in das Burzenland gerufen. Gegen einiger Meinungen war kein Ziel dieser Vereinbarung, dass die Ritter frei Erze schürfen können, sondern das wurde festgestellt, dass die Edelmetalle dem König gehören, aber die Ritter können für die Bergbautätigkeit einen Teil davon behalten.

Auf dem Grund des Bergregals standen mehrere Befugnisse dem Herrscher zu. Gusztáv Wenzel Rechtswissenschaftler, der im XVIII. Jahrhundert sich mit dem Bergrecht beschäftigte, macht uns darauf aufmerksam, dass man zwischen der Berghoheit und den Bergregalrechten unterscheiden muss. Die Berghoheit steht nämlich dem Staat im engeren Sinn zu, sie wurzelt im Gedanke des Staates, und kommt in der Exekutive und in der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt zum Ausdruck. Eine andere Frage, dass der Besitzer dieser Gewalten in den ersten Jahrhunderten des Königtums allein der König war. Die dem König vorbehaltenen nutzbaren Rechte waren die Regalrechte. Die Bergregalrechte standen also selbst dem König zu. Sie wurzelten im Interesse und in den eigenartigen Bedürfnissen des Bergbaus, und nicht im Gedanke des Staatswesens. Der König wurde am diesen Gebiet als 'oberster Bergherr' gezeichnet.<sup>7</sup>

Im Westeuropa funktionierte das Regalrecht nach der Prinzipien des Lehnwesens, der Herrscher regierte das Bergwesen als sein Eigentum, er konnte über die Einnahmen aus der Montanindustrie selbst verfügen. Die Herrscher des Hauses Habsburg wollten diese Auffassung auch in Ungarn gesetzlich festlegen. Dieser Wille verstieß aber in Widerstand der ungarischen Stände. Nach der ungarischen Auffassung konnte der König das Bergwesen nicht als eigenes Eigentum regieren, sondern er sollte immer auch die ungarischen Gesetze in Betracht nehmen, seine Befugnisse am Gebiet des Bergwesens sollte er mit den Ständen, mit Absicht auf die Rechtsbücher der Bergstädte üben. Nach einigen Meinungen wurden sogar die Gesetze neben den örtlichen Bergregeln geschaffen, damit die Könige in der Übung der Bergregalrechte irgendwie beschränkt werden.<sup>8</sup>

Diese Auffassung hängt mit der Lehre der Heiligen Krone eng zusammen. Eine der frühesten Erwähnungen der Heiligen Krone finden wir gerade im von Béla dem vierte für die Bergstadt Schemnitz verliehenen Privilegiumsbrief.<sup>9</sup> Nach Ákos Timon wurde der Staat in dieser Zeit so betrachtet, als die im Interesse der Gesamtheit organisierte Gesellschaft, die als organisches Ganzes in der Heiligen Krone verkörpert wird. Diese Auffassung spiegelt sich auch im Privilegium von Schemnitz.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Gusztáv Wenzel: *A magyar bányajog rendszere*, [Das System des ungarischen Bergrechts], Pest, Athenaeum, 1872, 74.

<sup>8</sup> Balkay Béla – Szeőke Imre: *Magyar bányajog* [Ungarisches Bergrecht], Budapest, Apolló, 1901, 5.

<sup>9</sup> "[...] und gebenn In und verleibnn, Recht und freyheitt als hernoch geschribnn set, Die der heilignn Krön und ibrem nütz wol fueggn und frummen." ([...] und geben ihn und verleihen Recht und Freiheit als hier noch geschrieben stet, die der Heiligen Krone und ihrem Nutz wohl fügen und frommen). Péter Fuchs (Übers.): *Selmecbánya város középkori jogkönyve – Das Rechtsbuch von Schemnitz*, Budapest, Montan-Press, 2009, 25.

<sup>10</sup> Ákos v. Timon: *Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte mit Bezug auf die Rechtsentwicklung der westlichen Staaten*, Puttkammer und Mühlbrett, Berlin, 1904, 511.

Eine weiterentwickelte Auffassung der Lehre der Heiligen Krone findet sich auch im Tripartitum.<sup>11</sup> Nach Werbőczy bedeutete die Lehre von der Heiligen Krone, kurz zusammengefasst, dass das Königtum eine konstitutionell beschränkte Gewalt wurde. Der ungarische Staat blieb monarchisch, der König war, wie vorher, souverän, aber die Glieder der Heiligen Krone konnten die Macht des Herrschers beschränken. Die Glieder der Heiligen Krone waren diejenigen, die ihres Besitzrecht aus der Heiligen Krone herleiteten, also neben den Adeligen die begüterten Kirchen und die Städte, da sie ihre Stadtgebiete eigentlich vom König erhielten.<sup>12</sup> In diesem Sinn können wir darüber z. B. im Artikel I. vom Jahre 1514 lesen: [...] *“et justarum Sacrae Regiae Coronae proventus, diversis hominibus hactenus facta, subsecuta, et illata fuerim [...] nec non Fodinae [...] Fodinae auri, et argenti.”* (die wahren Einnahmen der Heiligen Krone wurden bis jetzt für verschiedenen Leute vorübergehend verfremdet und festgelegt. [...] die Bergwerke, [...] Gold- und Silberbergwerke sollen dem König zurückgegeben werden).<sup>13</sup>

Also können hier die Stände, als Glieder der Heiligen Krone die Rechte des Königs auch am Gebiet der Bergregalrechte beschränken. Auch dieser Artikel beweist, dass die Bergregalrechte der König durch die Gesetze beschränkt wurden.

Welche Umstände können von den Bergregalrechten abgeleitet werden? Der Grund, dass die vorbehaltenen Bergprodukte vom Eigentum der Grundherren getrennt wurden, sie wurden dem obersten Bergherrn vorbehalten, der das ganze Bergwesen unter seiner Macht hielt.<sup>14</sup> Nach dem bezüglichlichen Gewohnheitsrecht – wie das schon erwähnt wurde – konnte der König den Boden, wo eine Grube geschürft wurde, gegen einen anderen Boden in Anspruch nehmen. Da die Grundherren ihren Böden behalten wollten, verschwiegen sie, dass es eine Grube an ihrem Grundstück gibt. Der König erlaubte, wegen des Zustandebringens der Beteiligung der Grundherren, dass sie einen Teil der ubura, der Fron<sup>15</sup> behalten können.

---

<sup>11</sup> 3. I. § 6: *“Als die Ungarn [...] ihn (Stefan den Heiligen) aus freiem Willen zum König wählten und krönten wurde das Recht der Erhebung in den Adelsstand, folglich das Recht der Schenkung wodurch die Adeligen ausgezeichnet und von den nicht Adeligen gesondert werden, vollkommen, zugleich mit der Herrschaft und der Regierung von der Gemein auf die Heilige Krone dieses Reiches und demzufolge auf unsern Fürsten und König übertragen.”* Siehe: Timon 1904, 513.

<sup>12</sup> 4. I. § 1. „Die Adeligen werden wegen des Genusses der Schenkungsgüter und der hierdurch begründeten Verbindung, als Glieder der Heiligen Krone betrachtet, die keinem Gewalt unterworfen sind, einzig derjenigen des gesetzmässig gekrönten Königs.“ Siehe: Timon 1904, 514.

<sup>13</sup> Den Text des Artikels siehe in: Márkus Dezső (Hrg.): *Corpus Juris Hungarici*, Budapest, Franklin Társulat, 1897-1846, 1899, 707.

<sup>14</sup> Vgl. Wenzel 1872, 77.

<sup>15</sup> Die urbura, die Fron, war ein Teil der abgebauten Metallen, der dem König von den Bergwerksunternehmern gezahlt werden sollte. Die Fron machte bei dem Gold ein Zehntel, beim Silber ein Achtel der abgebauten Erze aus.

Karl I. Robert erlaubte schon im Jahre 1327 – *„damit die für den Nutzen der Menschheit vorliegenden Schätze auf das Tageslicht kommen“* – dass die Grundherren ein Drittel der urbura, neben des Grundstücks, behalten dürfen.<sup>16</sup> Spätere Gesetze stellten aber auch das Recht der König zum Ersatz der Böden fest, aber sie schrieben auch vor, dass die Grundherren dazu zustimmen müssen.<sup>17</sup>

Uladislav II. erlaubte im Artikel XXX. vom Jahre 1492 den Grundherren, an ihren Böden frei abzubauen.<sup>18</sup> Einige Forschungen haben diesen Artikel so interpretiert, dass die Bergprodukte im Sinne dieser Regel zum Bestandteil des Bodens geworden sind.<sup>19</sup> Ich meine, dass diese Auffassung sich auf eine falsche Interpretation der Bergbaufreiheit begründet, wonach der König seine Rechte im Bergwesen aufgibt, also kann jedermann überall frei schürfen und abbauen. Der Begriff der Bergbaufreiheit ist zurecht: *„Die Bergbaufreiheit meint das Recht des Regalherrn die dem Regal unterliegenden Mineralien abzubauen wiederum unabhängig von der Eigentumslage bezüglich des Grundstücks über den Lagerstätten. Ferner umfasste die Bergbaufreiheit das Recht des Regalherrn, das Recht zum Abbau jedem beliebigem Dritten zu gestatten. Dabei waren die vom Regalherrn vorgegebenen rechtlichen Bedingungen einzuhalten.“*<sup>20</sup> Nach diesem Sinn der Bergbaufreiheit, obwohl der König durch dieses Gesetz den Grundherren erlaubte, an ihren Böden abzubauen, diese Tätigkeit konnte nur gegen die Fronzahlung unter der bergrichterlichen Aufsicht geübt werden. Das Ziel dieses Gesetzes war nämlich, dass die Grundherren die an ihren Grundstücken gefundenen Gruben nicht verheimlichen.<sup>21</sup>

---

<sup>16</sup> Den Text der Vorschrift und die Quellen siehe: István Izsó: *Szemelvények a középkori montaniszfika magyarországi történetének írott forrásaiból (1000-1526)* [Auswahlen aus den schriftlichen Quellen der ungarischen Geschichte der mittelalterlichen Montanistik (1000-1526)], Rudabánya, Érc- és Ásványbányászati Múzeum Alapítvány, 2006, 16-17.

<sup>17</sup> 1351: XIII; 1405: XIII; 1486: XLIX. Siehe in: Márkus 1899, 175, 237, 447.

<sup>18</sup> Die das Bergrecht betreffenden ungarischen Artikel wurden von Anton Schmidt in die Berggesetze aufgenommen: Franz Anton Schmidt (Bearb.): Chronologisch-Systematische Sammlung der Berggesetze der Österreichischen Monarchie. (II. Abtheilung): Chronologisch-Systematische Sammlung der Berggesetze der Königreiche: Ungarn, Dalmatien, Slavonien und des Großfürstenthumes Siebenbürgen, Bd. 1: Vom Jahre 1053 bis 1564. Wien 1834, 50. Siehe auch in: Márkus 1899, 498, 499.

<sup>19</sup> Diese Ansicht wurde von Béla Szabó aufgegriffen: Béla Szabó: A bányajog forrásai és szabályozásának tárgya a 16. században [Die Quellen des Bergrechts und sein Regelungsgegenstand im 16. Jahrhundert], in: László Zsámboki (Hrg.): *Agricola évszázada*, Miskolc, 1994. június 29, 69. Diese Ansicht ist leider von anderen übernommen worden: Szemán Attila: A bányászat az ország három részre szakadása idején a 16. század közepétől 1711-ig [Das Bergwesen zur Zeit der Spaltung des Landes in drei Teile von Mitte des 16. Jahrhunderts bis 1711], in: László Zsámboki (Hrg.): *A magyar bányászat évezredes története* [Die Tausendjährige Geschichte des ungarischen Bergwesens], OMBKE Budapest, 1997. 153.

<sup>20</sup> Lück 2015, 118.

<sup>21</sup> Diese Ansicht wird auch von Bálint Hóman vertreten. Vgl. Bálint Hóman: *A Magyar Királyság pénzügyei és gazdaságpolitikája Károly Róbert korában* [Finanzwesen und Wirtschaftspolitik des Ungarischen Königstums in der Zeit von Karol Robert], Budapest, Budavári Tudományos Társaság, 1921, 198.

Diese Ansicht kann auch damit unterstützt werden, dass einige Grundherren nach der Verkündung der Bergbaufreiheit vom König Bergbauprivilegien ersuchten und bekamen.<sup>22</sup>

Der Artikel 1523:XXXIX. verkündigte die allgemeine Bergbaufreiheit. Das bedeutete, wenn jemand zum Schürfen, danach zum Abbau eine Erlaubnis bat, und er diese erhielt, konnte dieser frei auch den fremden Grundstücken die Bergwerke treiben.<sup>23</sup>

1. Der Bodenbesitzer hat also kein Recht ohne besondere Erlaubnis auf die vorbehaltenen Bergprodukte. Welche Mineralien gehörten zu diesem Kreis? Es wurde nicht eindeutig aufgezählt, in den Gesetzen finden wir Aufzählungen nur gleichnisweise, wovon die Gold- und Silbererzen nie fehlen. Z. B. Bei Sigismund im Artikel XIII. vom Jahre 1405: "...*mineras auri, vel argenti, vel alterius cujuscumque metalli...*" (Gold- und Silbererzen, und andere Erzen).<sup>24</sup> Für das Salz galt die Bergbaufreiheit gar nicht, den Bau des Salzes ließ der König nicht über.<sup>25</sup>

2. Mit dem Bergbau zusammenhängende Rechte, also das Schürfen, einen Bergwerk zu öffnen und zu betreiben, konnte auf dem Grund der Ermächtigung des obersten Bergherrn geübt werden. Eine Form dieser Ermächtigung war – neben den oben genannten Gesetzen – das Privileg, das vom König für die Bergstädte, aber auch für einzelne Personen gegeben werden konnte. Durch diesen Privilegien wurden auch die Bergstädte gegründet, wie z. B. die Bergstadt Schemnitz.

3. Auf dem Grund des Bergregals sollten die Bergwerksunternehmer also ein Zehntel des abgebauten Goldes, und ein Achtel des Silbers dem König geben, die übrigen Erze durften sie behalten und darüber frei verfügen. Demzufolge wurden die Erze oft nach Ausland geliefert, deswegen hing der Wert der Erze von der ausländischen Nachfrage.<sup>26</sup> Karl I. Robert beseitigte diese freie Verfügung im Jahre 1325 durch die Einführung der Zwangseinkauf der Edelmetalle für den Staat. Das bedeutete, dass die Bergunternehmer die Erze nach einer mechanischen Vorbereitung nicht frei verkaufen konnten, sondern sie durften ausschließlich in den zu diesem Zweck aufgestellten Kammern die Gold- und Silbererze verkaufen.<sup>27</sup> Der festgestellte Preis war natürlich viel niedriger, als der Marktpreis.

---

<sup>22</sup> Solches Privilegienbrief wurde dem Miklós Andrassy im Jahre 1669 erteilt. Den Text der Urkunde siehe: Gusztáv Wenzel: *Magyarország bányászatának kritikai története* [Die kritische Geschichte des Bergwesens Ungarns], Budapest, 1880, 394.

<sup>23</sup> "Damit Gold und Silber reichlich werde, erlaube der Majestät König jedermann, die Gold- und Silber- und Kupferbergwerke frei zu treiben" (übers. G.M.), Siehe in: Márkus 1899, 819.

<sup>24</sup> Ld. Márkus 1899, 498, 499.

<sup>25</sup> Das wird auch im Artikel XXX:1492. betont: "[...] *demptis fodinis salium, quae solius Regiae Majestatis domino, et usui, reservatae essent* [...]" (ausgenommen die Salzgruben, die der Macht und der Nutzung des Königs vorbehalten sind). Siehe in: Márkus 1899, 499.

<sup>26</sup> Vgl. Ember 1946, 289.

<sup>27</sup> Die Liste der bezüglichen Quellen siehe: Izsó 2006, 16; Hóman 2003, 127-128.

Die Bearbeitung der Edelmetalle wurde auch unter staatliche Aufsicht gezogen. In den Bergstädten wurden Einlösung- und Raffinierwerkstätte aufgestellt, worin die Abgebauten Gold- und Silbererze eingeliefert werden sollten. Nach den Urkunden, wenn jemand gegen diese Regel verstoß, wurde er mit Verfall und Verlor der Ehre bestraft. Außer der Strafe versuchten den Betrieb der verheimlichten Privathütten auf der Weise verhindern, dass der Handel des zum Scheiden gebrauchten Bleis auch monopolisiert wurde, und man hätte aus der Nachfrage des Bleis daran folgern können, dass das Silber irgendwo heimlich verhüttet wird.<sup>28</sup>

Die Regalrechte des Königs beeinflussten auch die Entstehung der Berggebiete, die Wirkung der daran lebenden verschiedenen Bergrechte, die Erscheinung der Partikularrechte. Wie das oben erwähnt worden ist, hatte der König die Befugnis, seine aus dem Bergregal stammende Rechte jedem beliebigem Dritten zu überlassen. Eine Form der Überlassung war die Erteilung des Privilegs. Das Privileg hielt in sich nicht nur die Überlassung das Recht des Abbaus, sondern auch das Recht des Benutzens des eigenen Rechtes der Privilegierten. Im Kreis der Bergstädte ist das beste Beispiel darauf Schemnitz, wo die deutschen Einsiedler auch ihre alten Gewohnheitsrechte mitnahmen, und Béla IV. bekräftigte im der Stadt erteilten Privilegium auch die Anwendung dieses Rechts. Das andere wichtigste aus dem Regalrecht stammende Recht zu der Fron begründete die Entwicklung der Bergverwaltung.

## 2. Die Einführung und Wirkung der Maximilianischen Bergordnung

Eine neue Epoche begann in der Geschichte des Bergrechts mit der Einführung der Maximilianischen Bergordnung. Aus der oben erörterten Tatsachen kann die Folgerung abgeleitet werden, dass ein Interessenverband zwischen den Teilnehmern der Montanindustrie und den Herrschern geschöpft wurde, worin die Parteien die Erhöhung der Einnahmen erreichen wollten. In diesem Interessenverband hatten beide Parteien einen Vorteil. Der König ersparte nämlich die Besorgung der aufwendigen Ausrüstungen, und der Fachleute, wegen der Fronzahlung konnte er aber mit einem hohen Einkommen rechnen. Die Bergwerksunternehmer erhielten den 90-92 Prozent der abgebauten Edelmetalle für ihre Arbeit, daneben besetzten eine große Macht und Abhängigkeit in den Bergstädten.<sup>29</sup>

---

<sup>28</sup> Oszkár Paulinyi: Magyarország aranytermelése a XV. század végén és a XVI. század derekán [Die Golderzeugung Ungarns am Ende des XV. Jahrhunderts und Mitte des XVI. Jahrhunderts], in: Buza János – Draskóczy István (Hrsg.): *Gazdag föld – szegény ország*, Budapest, Corvinus Egyetem, 2005, 69.

<sup>29</sup> Aus diesem Aspekt hing der Inhalt und Einzelregeln der den Bergstädten erteilten Privilegien wahrscheinlich von der Vereinbarung zwischen den Bergwerksunternehmern und dem König. Deshalb ist es überflüssig und unratsam aus diesen Privilegien allgemeine Feststellungen abzuleiten, wie z. B. Boglárka Weisz das versucht. Vgl. Boglárka Weisz: A nemesérc-bányászathoz kötődő privilégiumok az Árpád- és Anjou-korban [Die an dem Edelmetallbergbau knüpfenden Privilegien in der Epoche von Arpaden und der Anjou], in: *Történelmi Szemle*, 2008/2, 141-161; Dieselbe: A bányaváros, mint önálló várostípus a 14. században [Die Bergstadt als selbständige Stadttype im 14. Jahrhundert], in: *Bányászattörténeti közlemények*, 2015/1, 31-57.

In der Vereinbarung zwischen dem König und den Bergunternehmern können wir den Vorläufer der Konzessionsverträge erkennen.

Im 16. Jahrhundert stiegen die Kosten der Bergwerke, da es sehr aufwendig war, Erz aus den tieferliegenden Schichten abzubauen. Deshalb wollten die Unternehmer immer mehr Erträge behalten und der Hof versuchte seine Aufsicht über den Bergbau auszuweiten.

Aus den Forschungen von Oszkár Paulinyi können wir erfahren, dass dieser Kampf zur Ausgabe einer neuen Bergordnung führte, weil die Unternehmer die Edelmetalle wegen des Zwangsverkaufs nach Ausland entziehen wollten. Der Versuch der staatlichen Zentralisation stieß den Widerstand der Bergstädte, deshalb konnte die sog. Maximilianische Bergordnung<sup>30</sup> erst am 16. Februar 1573 in sieben niederungarischen Bergstädte verkündet werden, nachdem die aus den alten Bergrechten der Bergstädte zusammengestellten Erläuterungen als Anhang zu der neuen Bergordnung hinzugefügt worden waren.

Die Bergordnung versuchte die fremde Auffassung in das Land einzuführen, danach *“der Bergregal unmittelbar dem Landesherrn vorbehalten wird.”*<sup>31</sup> In diesem Zeitpunkt entstand die Auseinandersetzung zwischen dem Haus Habsburg und den ungarischen Ständen, weil die Habsburger die Einnahmen aus dem Bergbau für seinen Interessen, ohne die Zustimmung der Stände aufwenden wollten. Obwohl die Bergstädte erreichten, dass die Regeln der Bergordnung nach den Erläuterungen nur subsidiär galten (MBO I. 5.), die Herrscher führten ihre Willen auf der Weise durch, dass sie die bergstädtischen und ständischen Beamten auf zum König treuen Beamten austauschten.<sup>32</sup>

Wenn die von den Bergstädten zusammengestellten Erläuterungen geprüft werden, kann man das beobachten, dass diese Regeln technische, nicht an die Stadtverwaltung beziehende Regeln sind. Die Anwendung der Partikularbergrechte konnte durch der Maximilianischen Bergordnung nicht beseitigt werden. Die Bergoffiziere sollten noch in der Zeit der Kaiserin Maria Theresia in Verordnungen auf die Einhaltung der Bergordnung ermahnt werden.

---

<sup>30</sup> *Neue Berg-Ordnung des Königreichs Ungarn, und solcher Cron einverleibten Gold, Silber, Kupfer, und anderer Metall- Bergwerken, Sammt denen Erläuterungen zweyer Alten Berg-Ordnungen Der sieben königl. Freyen Berg-Städte 1. Chemnitz u. Königsberg 2. Schemnitz, Neusohl, Bugganz, Dülln und Libeten*, Aus der k. auch k. k. Hof- und Staats Druckerey, Wien, 1805. (in den Weiteren MBO = Maximilianische Bergordnung).

<sup>31</sup> Christoph Traugott Delius: *Anleitung zu der Bergbaukunst nach ihrer Theorie und Ausübung nebst einer Abhandlung von den Grundsätzen der Berg-Kameralwissenschaft*, Bd. 2, 427. Budapest, OMBKE Bányászati Szakosztály, 1972, I. 22. §.

<sup>32</sup> Dieses Verfahren wird auch dadurch bewiesen, dass die wichtigsten Bergoffiziere ihren Amtseid vor dem den König vertretenden Oberstkammergraf ablegen sollten. (MBO XLVI. 1-13).



### 3. Die ersten Versuche der Kodifikation des ungarischen Bergrechts

Im 18. Jahrhundert beschleunigte sich die Verdrängung der ungarischen Stände aus der Kontrolle der Anwendung der Einnahmen aus der Montanindustrie. Am Anfang der Herrschaft von Maria Theresia brauchte die Kaiserin viel Geld zu den Erben- und später zu den Siebenjährigen Kriege. Die nötigen Beträge wollte sie aus Krediten besorgen, die durch dem Kupferhandel gedeckt werden sollten.<sup>33</sup> Maria Theresia erreichte durch die Zentralisation der Bergverwaltung, dass sie ganz allein, als eine wahre 'oberste Bergfaru' mit Verordnungen diesen Wirtschaftszweig regieren konnte. In der Berggesetze von Schmidt betragen die unter seiner Macht erteilten Verordnungen sieben Bände.<sup>34</sup> Diese Rechtsquellen zeigen, dass die Kaiserin alles in ihrer Hand halten wollte, sie bestimmte auch den Preis eines Kubikmeter Holzes. Unter ihrer Macht reformierte sie die Bergverwaltung, diese Änderungen erhöhten die Einnahmen des Ärars.

Neben der Bürokratisierung machten die technischen Entwicklungen für nötig, die alten Regeln der Maximilianischen Bergordnung zu den veränderten Verhältnissen abzuspannen. Nach der Regierung von Maria Theresia brachte die Hofkammer die absolutistische Zentralisation weiter, die ihre Befugnisse an die ganze Montanindustrie verbreitete. Dieses Verfahren wollten die ungarischen Stände mit Hilfe des Rechts, genauer mit der Kodifikation des Bergrechts aufhalten. Der Kodifikationsversuch begann schon am Landtag 1790/1791, als der Artikel LXVII. auf dem Grund des Artikels XXII.<sup>35</sup> verordnete, dass eine *Deputatio Montanistica* ein Berggesetz verfassen soll. Obwohl die Kommission einen Entwurf mit 53 Artikeln zusammenstellte, wurde das nicht als Gesetz empfangen. Der Artikel IX. im Jahre 1827<sup>36</sup> ernannte einen neuen Kommission, der die bisherigen Regeln systematisch ordnete und einen Entwurf mit 189 Paragraph vorbereitete. Das wurde aber sogar nicht vom Landtag geprüft.<sup>37</sup>

---

<sup>33</sup> Darüber mehr siehe Magdolna Gedeon: Die Rolle des Bergregals bei den Darlehensgeschäften der ungarischen Könige, in: Terézia Hisemová (Hrsg.): *The loan as usury? Compulsory enforcement of judgment – historical and law foundations and problems of application practice I.*, Kosice, Pavol Jozef Safárik University in Kosice, Faculty of Law, 2017, 65-78.

<sup>34</sup> Franz Anton Schmidt (Bearb.): *Chronologisch-Systematische Sammlung der Berggesetze der Österreichischen Monarchie. (II. Abteilung): Chronologisch-Systematische Sammlung der Berggesetze der Königreiche: Ungarn, Dalmatien, Slavonien und des Großfürstenthums Siebenbürgen*, Bd. 7-14: Vom Jahre 1741 bis 1780. Wien 1834-1836.

<sup>35</sup> Die Bestrebung der ungarischen Ständen, den Einfluss in Bergwesen zu erhalten, spiegelt sich auch in diesem Artikel, der in sich hält, dass der König den Ständen versprach, das Bergwesen unter die ungarischen Kammer zu stellen, die Berggesetze mit dem Landtag zu verbessern. Am Ende des Artikels steht aber, dass "der König die wirtschaftliche Regelung des Bergwesens, als zu den königlichen Befugnissen gehörende Sache, im Bereich seiner Entscheidung aufhält." Siehe in: Márkus 1901, 202-203; 166-167. Das bedeutete, dass der König, als oberster Bergherr, über die Einnahmen weiterhin selbst verfügen wollte und die wirtschaftlichen Umstände mit den Verordnungen regeln konnte.

<sup>36</sup> Márkus 1901, 442-443.

<sup>37</sup> Vgl. Béla Balkay: *Bányatörvényünk reformálásának első kísérletei* [Erste Versuche der Reform unseres Berggesetzes], in: *Bányászati és Kohászati Lapok, Bányászat*, 1904. Band II. 464. Wenzel 1872, 60.

Im Jahre 1844 wurde der erste wahre ungarische Berggesetzentwurf dem Landtag vorgelegt. Die Hofkammer schickte aber einen Ausschuss wegen der Untersuchung des Gesetzes aus. Aus der Meldung dieses Ausschusses kommt hervor, dass gerade die Rechte des Königs, als Oberster Bergherr, durch das neue Berggesetz beschränkt worden wären, und in der Regierung des Bergbaus hätte der Landtag mehrere Befugnisse erhalten. Dieser Gesetzesentwurf hätte also die Vollmacht der fremden Hofkammeroffiziere beseitigt, und das hätte bedeuten, dass die verantwortungslose Wirtschaftsführung der Hofkammer beendet worden wäre, und die nationalen, verfassungsrechtlichen Aspekte in Betracht nehmenden Verhältnisse sich durchgebrochen hätten, die Einnahme aus dem Bergbau nicht allein den König bereichert hätten, sondern das ganze Land. Wegen dieser Meldung des Ausschusses wurde der Entwurf nicht sanktioniert. Wie Gusztáv Wenzel erklärte, dieser Entwurf regelte nicht mehr, was das Bergregal ist, sondern was sind die Objekte der königlichen Verleihungen und Bergerlaubnissen. Damit wäre diese Frage vom Gebiet des zivilrechtlichen abstrakten Begriffes an das Gebiet des von der Bergbaufreiheit geordneten Rechtslebens durchgeführt worden.<sup>38</sup>

Die Niederschlagung des Freiheitskriegs im Jahre 1849 und danach die Einführung des Neoabsolutismus ermöglichten – da der Landtag nicht zusammengerufen wurde – dass das Allgemeine Österreichische Berggesetz im Jahre 1854 in Ungarn eingeführt werden konnte. Das von der ungarischen Entwicklung fremde Gesetz befestigte die Vollmacht der Habsburger im Bergbau. Die feudalen Bindungen wurden aber beseitigt, und die industrielle Entwicklung einen Schwung bekommen konnte.<sup>39</sup> In drittem Paragraph können wir lesen den Begriff des Bergregals. Unter den vorbehaltenen Bergprodukten ist auch die Kohle aufgezählt.<sup>40</sup> Das bedeutete, dass die Kohle kein Bestandteil des Grundstücks war, sondern diese natürliche Ressource gehörte dem König.

Die Judexcurialbeschlüsse (Ideiglenes Törvénykezési Szabályok)<sup>41</sup> verordneten im Jahre 1861, dass das allgemeine österreichische Berggesetz bis der Schaffung des ungarischen Berggesetzes in der Kraft bleibt, ausgenommen auf die Kohle beziehenden Paragraphen. Wie wir das oben gesehen haben, das österreichische Berggesetz zählt die Kohle zu den vorbehaltenen Bergprodukten, also standen diese Mineralien unter der Verfügung des Königs, der nach der abgebauten Kohle die Fron einnehmen konnte.

<sup>38</sup> Balkay 1904, 464-466; Wenzel 1872, 76.

<sup>39</sup> István Izsó: The introduction and influence of the Austrian Common Mining Law in Hungary. In: *The 150th anniversary of issue of the Common Mining Law* (Konferenz, Hradec nad Moravici, Czech Republic, 9. 2004., Montanex, Ostrava 2004.) 16.

<sup>40</sup> „Unter Bergregale wird jenes landesfürstliche Hoheitsrecht verstanden gemäß welchem gewisse, auf ihren natürlichen Lagerstätten vorkommende Mineralien der ausschließlichen Verfügung des allerhöchsten Landesfürsten vorbehalten sind.“ In: *Das allgemeine österreichische Berggesetz vom 23. Mai 1854, und die Verordnungen über die Bergwerksabgaben vom 4. October 1854*, erläutert von Gustav von Grenzenstein, Wien, Friedrich Manz, 1855, 79.

<sup>41</sup> Die Beschlüsse der Judexcurialkonferenz führten im Jahre 1861 mit der modifizierten Wiederherstellung der früheren ungarischen gleichzeitig die grundsätzliche Aufhebung der österreichischen Justizgesetze herbei.

Im Sinne der Judexcurialbeschlüsse bildete aber die Kohle den Bestandteil des Grundeigentums, also fielen diese Mineralien unter die Verfügung der Grundbesitzer.<sup>42</sup> Die Regeln der Judexcurialbeschlüsse bezüglich der Kohle kehrten zu der Verordnung des Josefs II. zurück. Also entstand das Problem der Regelung des Kohlenbergbaus schon im 18. Jahrhundert, und konnte die Gesetzgebung bis zum 20. Jahrhundert verhindern.

#### 4. Die Änderungen der auf die natürlichen Ressourcen bezüglichen Bergrechtsregeln im 18. Jahrhundert

Das größte Problem der Bergwerke war, aus den Stollen das Wasser aufzuheben. Die für die Wasserhebung geeigneten Einrichtungen wurden mit Pferden und Leuten angetrieben, die eine sehr kostspielige Lösung waren, die mit einer sehr niedriger Wirkungsgrade funktionierten.<sup>43</sup> Deshalb sollte zuerst die tierische und die menschliche Arbeitskraft mit Maschinen ausgetauscht werden. Im Jahre 1722 montierte ein britischer Mechaniker, Isaac Potter, eine Newcommense atmosphärische Dampfmaschine oder Feuermaschine,<sup>44</sup> die erste in Ungarn, und die zweite an der Kontinent war, für die Wasserhebung neben Banská Štiavnica, Schemnitz in Königsberg, heute in Nová Baňa (Újbánya) ein.<sup>45</sup> Das wurde auch Potterische Feuermaschine genannt. In den schemnitzer Gruben wurden zwischen 1734 und 1771 noch weitere 6 Feuermaschinen von Fischer von Erlach in Betrieb gesetzt. Diese Maschinen versicherten die ununterbrochene, von der Wasserlage unabhängige Arbeit in den Bergwerken.<sup>46</sup> Diese technische Entwicklung und der Fund neuer Edelmetallgruben verursachten in der Mitte des 18. Jahrhunderts eine Blütezeit in Schemnitz, die eine erhöhte Einnahme auch für die Schatzkammer bedeutete. Der Betrieb der Feuermaschinen brauchte aber viele Heizungsmitel. Bei den Newcommensen Dampfmaschinen gab es einen großen Nachteil, dass das eingespritzte Wasser die Anlage abkühlte, deshalb wurde den größten Teil des Heizungsmitels zur Heizung der Wand des Zylinders aufgewandt.<sup>47</sup>

<sup>42</sup> VII. Abschnitt über das Bergwesen § 1. der Judexcurialbeschlüsse, in: *Taschenausgabe der österreichischen Gesetze*, Bd. 7. Wien, Friedrich Manz, 1865, 423.

<sup>43</sup> Zu den Methoden der Wasserhebungen im 18. Jahrhundert siehe: Cristoph Traugott Delius: *Anleitung zu der Bergbaukunst*, Kaiserl. königl. Buchdruckerei, Wien, 1773, 379-388. Vgl. Antal Péch: *Alsó-Magyarország bányamívelésének története II/1*. [Die Geschichte des Niederungarischen Bergwesens], MTA, Budapest, 1887, 332-342.

<sup>44</sup> Leupold Jacob: *Theatrum machinarum hydraulicum*, Band II. Leipzig, Christoph Zunkel, 1725. In Cap. IX. gibt der Verfasser eine ausführliche Beschreibung über die in Königsberg eingerichtete Dampfmaschine.

<sup>45</sup> Lajos Pethő: *Fémányászatunk technikai fejlődése* [Die technische Entwicklung unseres Metallbergwesens], Budapest, Stádium Sajtóvállalat Rt., 1929, 29.

<sup>46</sup> Vgl. Jacob 1725, 97.

<sup>47</sup> Nach dem Bericht von Leupold Jacob brauchte die Dampfmaschine in Königsberg unter 24 Stunden 10 Kubikmeter Holz. Jacob 1725, 26. 97.

Zu dieser Zeit war das Holz das einzige Heizungsmittel, das auch bei den Hütten und bei der Glasherstellung im großen Maß gebraucht wurde. Die Königin Maria Theresia versuchte deshalb vor allem für die Bergwerke das Holzmittel sicherzustellen. Deshalb wurden mehrere auf die Forstwirtschaft beziehende Verordnungen verhängt. Die ersten Regeln verpflichteten die Waldeigentümer, dass sie dulden müssen, das Holz in ihren Wäldern für die Bergwerke auszubeuten. Im Jahre 1565 enthielt schon die Waldordnung von Maximilian II. – obwohl nur hinsichtlich der Wälder von Neusohl – die Regeln der Forstbehandlung.<sup>48</sup>

In der Maximilianischen Bergordnung können auf die Wälder einschlägigen Absatz gefunden werden. Im Sinne der Bergordnung sollten die Wälder für den König vorbehalten werden, und es war egal, wer diese Wälder besaß, man sollte mit den Waldeigentümern über die Ausbeutung des zu den Bergwerken nötigen Holzes vereinbaren.<sup>49</sup> Nach der Bergordnung wurde die Waldverwaltung von der Bergverwaltung nicht getrennt, der Ort des Holzausschnittes für die Lokalbevölkerung wurde vom Bergmeister zugewiesen, die Ausschnittordnung war vom Oberstkammergrafen<sup>50</sup> oder vom seinen Stellvertreter geschrieben worden.<sup>51</sup>

Neben den auf die Wälder bezogenen Regeln der Bergordnung wurden mehreren Verordnungen hinsichtlich der Forstwirtschaft geschaffen, die im Interesse der Bergwerke verhängt worden sind. Diese waren Partikularregeln, die sich zum gegebenen Bergort und dem örtlichen Waldeigentumsverhältnissen passten. Diese Verordnungen bedrohten die Waldvernichtung mit Strafe, verboten die Beweidung der Tiere in den Wäldern, regelten auch die Erfüllung der Holzbedürfnisse der Einwohner.<sup>52</sup> Diese Verordnungen versuchten zu erreichen, dass die Wälder vor allem für die Bergwerke zur Verfügung stehen, und die Städte nur wenig Holz brauchen.

---

<sup>48</sup> Den lateinischen Text der Waldordnung siehe in: Schmidt 1834, Bd. 2. 87-134. Über die Regelung der Forstwirtschaft in der Mitte des 16. Jahrhunderts ausführlicher siehe Ernőné Mastalir: Erdőgazdálkodás Agricola korában [Forstwirtschaft in der Zeit von Agricola], in: Zsámboki 1994, 61-66.

<sup>49</sup> MBO XLIV. 1.

<sup>50</sup> Über das Oberstkammergrafenamt siehe Magdolna Gedeon: A főkamagróf hivatala Mária Terézia korában [Das Oberstkammergrafenamt in der Zeit von Maria Theresia], in: *Publicationes Universitatis Miskolcensis, Sectio Juridica et Politica*, 2012/30, 53-65.

<sup>51</sup> MBO XLIV. 3-5.

<sup>52</sup> Die Liste über die Regeln zum Schutz der Wälder für das Berg- und Hüttenwesen siehe István Izsó: *A montanisztika magyarországi történetének levéltári forrásai II.* [Die archivarischen Quellen der Geschichte der Montanindustrie in Ungarn], Budapest, Központi Bányászati Múzeum Alapítvány 2009, 32-33.

Die allgemeine Regelung des Waldschutzes wurde durch der Waldordnung von Maria Theresia im Jahre 1770 erreicht,<sup>53</sup> die ausführlichen Instruktionen bezüglich der Pflege der vorhandenen Wälder, der Bewaldung und der Waldvermessung enthielt. Diese Waldordnung verbot die Beweidung in den Wäldern, das Hausbau, und die Feuerzündung. Die Tätigkeiten, die das Holz im großen Maß brauchten – Erzbau, Salpeter-, Pottasche- und Glasherstellung – wurden nicht getilgt, aber man sollte sie anmelden. Diese Regeln wurden aber nicht wegen umweltschonender Absichten, sondern wegen der Erfüllung der Holzbedürfnisse der Montanindustrie gebracht.<sup>54</sup>

Der andere Weg war das nötige Heizungsmittel für die Feuermaschine zu sichern, die Verwendung der Kohle anzuregen. Obwohl die Anwendung der Kohle in England schon sehr verbreitet war, war dieses Heizungsmittel im 18. Jahrhundert in Ungarn noch kaum bekannt. Die Hofkammer erteilte mehrere Verordnungen, die die Schürfe der Kohle mit Belohnungen anspornten.<sup>55</sup>

Im Jahre 1782 verordnete der Statthalterrat, dass die Komitate die auf ihrem Gebiet vorgekommenen Torfen und Kohlen-Gruben anmelden sollen. Auf diese Verordnung meldeten sich nur 10 Städte und 10 Komitate.<sup>56</sup> Das Problem war damit das Folgendes: Die Mineralien wurden, wie wir gesehen haben, dem König vorbehalten, also bildeten nicht den Teil des Grundstückes. Wenn jemand eine Grube fand, wegen der Bergbaufreiheit konnte er sein Recht für das Bergbau bei dem Bergmeister einschreiben lassen, egal, wer der Eigentümer des Grundstücks war, und er konnte dort einen Bergwerk errichten, und die Bergbautätigkeit führen. Die Eigentümer wollten selbstverständlich ihre Grundstücke nicht einem Bergwerk übergeben. Dieser Streit endete mit einem Hofkammerdekret im Jahre 1788. Das Hofkammerdekret ließ die Kohle von der berggerichtlichen Jurisdiktion frei, so ist die Kohle der Teil des Grundstücks geworden, also konnte der Eigentümer des Grundstücks damit frei handeln.<sup>57</sup>

---

<sup>53</sup> Den lateinischen Text der Waldordnung unter dem Titel „Waldordnung für K. Ungarn“ siehe in: Schmidt 1836, Bd. 13, 182-206. Den Deutschen Text siehe: Holz- und Waldordnung für das Königreich Ungarn, Wie die Wälder erziegelt, besser aufgebracht, vermehret, und erhalten werden können, Preßburg bei Johann Michael Landerer, 1770.

<sup>54</sup> Über diese Tätigkeit von Maria Teresia ausführlicher: Magdolna Gedeon: Az erdővédelem szabályozása Mária Terézia korában [Die Regelung des Waldschutzes unter Maria Teresia], in: Csák Csilla (Hrg.): *Jogtudományi tanulmányok a fenntartható természeti erőforrások témakörében*. Miskolci Egyetem, Miskolc, 2012, 88-95.

<sup>55</sup> Hofkammerdekret vom 9. September 1766: „...denjenigen, der eine Torfgrube in einer Gegend, wo der Torf noch nicht bekannt ist, erfindet, ein Praemium von 24 Dukaten, demjenigen aber, so die Schmelzung der Aerze mit Torfkohlen bewirkte, eine Belohnung von 100 Dukaten abgereicht werden würde.“ In: Schmidt: Band 12, 1835, 444.

<sup>56</sup> László Zsámboki: A köszénbányászat, köszénhasznosítás első évszázada [Erste Jahrhundert des Kohlenbergbaus und der Kohlenanwendung], in: Zsámboki 2005, 144.

<sup>57</sup> Hofkammerdekret, 20. Juni 1788: „...in dem Königreich Ungarn und in Siebenbürgen noch zu entdeckende Steinkohlen Anbrüche furohin bei dem Berggericht nicht gemuthet werden dürfen, folglich sowohl von der Landesfürdtlichen Belebnung, als von der berggerichtlichen Jurisdiction überhaupt ganz freigelassen, und jedem

Diese Verordnung, die vom österreichischen Berggesetz 1854 beseitigt wurde,<sup>58</sup> und mit den Judexcurialbeschlüssen zurückkehrte, verursachte die späteren Anomalien bei der Gesetzgebung.

Es gab nämlich drei verschiedene Variante, wie die Gesetzgebung die Frage der Kohle regeln sollte.

1. Das Gesetz soll die Kohle für vorbehaltene Bergprodukte erklären. Das bedeutet, dass die Kohle vom Grundeigentum getrennt werde, die Grundherren hätten kein Recht dazu, die Kohle wird frei, kann ohne Erlaubnis der Grundherren, unter der berggerichtlichen Jurisdiktion geschürft und gebaut werden.

2. Die Kohle wird vom Grundeigentum nicht getrennt, aber man kann ohne Erlaubnis der Grundherren schürfen und bauen, und das Gesetz soll regeln, wie die Grundherren dafür eine Lösungssumme erhalten werden.

3. Nach dem agrarischen Aspekt bleibt die Kohle der Bestandteil des Bodens, und wie vorher, man kann nur mit der Erlaubnis der Grundherren schürfen und bauen, die Grundherren können mit der Kohle frei handeln und mit den Bergwerksunternehmern über dem Kohlenbergbau Verträge schließen.

In der folgenden Tabelle wird gezeigt, in welchem Zeitpunkt, welche Variante bevorzugt worden ist:

1791 – dieser Entwurf erwähnt nicht extra die Kohle, nur allgemein die Mineralien<sup>59</sup>

1827 – die Kohle gehört den Grundherren

1844 – Lösungssumme

1870 – die Kohle ist ein vorbehaltenes Bergprodukt

1872 – die Kohle ist ein vorbehaltenes Bergprodukt

1875 – die Kohle ist ein vorbehaltenes Bergprodukt

1884 – Lösungssumme

1890 – Lösungssumme

1903 – die Kohle ist ein vorbehaltenes Bergprodukt

Wenn wir die bezügliche Literatur lesen, können wir bemerken, dass die Bergunternehmer die Einordnung der Kohle in die Reihe der vorbehaltenen Mineralien interessanterweise nicht wollten. Wie János Baross, Abgeordnete, im Landtag vorgetragen hatte, schlossen diese Unternehmer bis 1903 mit den Grundherren die nötigen Verträge, die gut funktionierten. Baross schlug deshalb vor, dass das Gesetz die Kohle zu dem Bestandteil des Bodens erklären sollte, also sollte das Gesetz das Prinzip „*wer das Boden hat, der hat die Kohle*“ festlegen.<sup>60</sup>

---

*Grund-Eigenthümer frey stehen soll, dortlandes derley Steinkohlen Anbrüche aufzusuchen und zu benutzen.“* In: Schmidt 1837, 446.

<sup>58</sup> § 3: „*Zum Bergregale gehören alle Mineralien, welche wegen ihres Gehaltes an Metallen Schwefel, Alluaun, Vitriol oder Kochsalz benützlich sind, ferner die Zementwässer, Graphit und Erdbarze, endlich alle Arten von Schwarz- und Braunkohle. Solche Mineralien heißen vorbehaltene Mineralien.*“ In: Das Allgemeine Österreichische Berggesetz, 79.

<sup>59</sup> Lányi 1897, 87.

<sup>60</sup> János Baross: *A szénkérdés a magyar bányajogreformjában* [Die Frage der Kohle im Reform des Ungarischen Bergrechts], Budapest, Pátria Rt., 1904, 4.

Obwohl ein allgemeines ungarisches Berggesetz in dieser Epoche nicht verfasst worden ist, konnten zwei Gesetze hinsichtlich der natürlichen Ressourcen geschaffen werden, der Art. VI:1911 über die Mineralölarten und das Erdgas, und der Art. VII:1911 über die Kali. Diese Gesetze entsprechen dem § 5 des Allgemeinen Österreichischen Berggesetzes, der über die Regalität handelt, wonach die Aufsuchung oder Gewinnung der vorbehaltenen Mineralien nur nach erlangter Berechtigung in Angriff genommen werden darf.<sup>61</sup>

Der Art. VI:1911 setzt bezüglich der Mineralwasserkohlen das Monopol des Staates fest, also konnten diese Mineralien nur vom Staat geschürft und gewonnen werden, aber der Staat sollte auch dazu die nötige Berechtigung erhalten (§ 3).<sup>62</sup> Wegen dieses Monopolrechts konnte das Mineralöl plangemäß geschürft werden, das zu der Herausholung des Mineralöls in Budafapuszta im Jahre 1937 führte.<sup>63</sup>

Das Programm der Bergrechtskodifikation verschwand nach dem ersten Weltkrieg. Nach Trianon blieb in Ungarn nur eine Berghauptmannschaft. Die Hauptaufgabe war also die Neuorganisation der Bergbehörde.<sup>64</sup> Nach den Umstrukturierungen sind in Ungarn vier Berghauptmannschaften – in Budapest, Miskolc, Pécs, Salgótarján – gegründet. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde das Bergwesen verstaatlicht, also gehörten alle Bergwerke samt der Bergprodukte, auch die Kohle dem Staat. In dieser Epoche wurde das Bergwesen mit zentralen Instruktionen geregelt.<sup>65</sup>

Wenn die Bezügliche Literatur betrachtet wird, kann man bemerken, dass die uralten Bergregeln der Bergstädte (Schemnitz, Kremnitz) eigentlich bis 1961 ihren Wirkungen behalten konnten. Die Maximilianische Bergordnung konnte nämlich, wie wir gesehen haben, wegen des Widerstandes der Bergstädte am 16. Februar 1573 in sieben niederungarischen Bergstädten verkündet werden, nachdem die aus den alten Bergrechten der Bergstädte zusammengestellten Erläuterungen als Anhang zu der neuen Bergordnung hinzugefügt worden waren.<sup>66</sup> Eine Passage der neuen Bergordnung besagt, dass diese nur in dem Fall angewandt werden solle, wenn man in den Erläuterungen keine passende Regel finden würde.<sup>66</sup> Also kam die Maximilianische Bergordnung nur subsidiär zur Geltung. Im Jahre 1723 wurde sie durch den 108. Artikel als *lex privata* der Berggerichte als Gesetz akzeptiert.<sup>67</sup>

---

<sup>61</sup> „Aus dem Grundfasse der Bergregalität, dem ausschließlichen Verfügungsrechte des a. h. Landesfürsten über die vorbehaltenen Mineralien folgt von selbst, daß solche nur von demjenigen aufgesucht und gewonnen werden dürfen, der hiezu eine Berechtigung von den damit beauftragten Behörden erhalten hat.“ In: Das Allgemeine Österreichische Berggesetz, 1854, 86.

<sup>62</sup> Márkus 1912, 405.

<sup>63</sup> Vgl. Izsó 2004, 17.

<sup>64</sup> Von den 7 Orten der Berghauptmannschaften – Besztercebánya (Banská Bystrica) Igló (Spisská Nová Ves) Nagybánya (Baia Mare) Zalatna (Zlatna) Oravica (Oravita) Zágráb (Zagreb) Budapest – ist nur Budapest am Gebiet von Ungarn geblieben.

<sup>65</sup> Izsó 2004, 17.

<sup>66</sup> MBO I. § 5.

<sup>67</sup> „Die Berggerichte bleiben, nach deren mehr als vor einbundert Jahren festgelegten Privatgesetzen, in ihrer derzeitigen Form erhalten.“ In: Márkus 1900, 646, Art. CVIII: 1723 (II): „*Judicia montanistica, secundum privatas eorundem leges, ultra seculum stabilitas: in suo esse manebunt.*“

Die Erläuterungen, *“in welchen der Gesetzgeber selbst spricht“*, wurden aber durch eine Anordnung der Hofkammer im Jahre 1801 als allgemein gültige bergrechtliche Norm im ganzen Land verbindlich.<sup>68</sup>

Mit Hilfe des Artikels von 1723 konnte die Maximilianische Bergordnung bis 1854, bis zum Inkrafttreten des österreichischen Berggesetzes, gültig bleiben. Die Regeln der Bergstädte lebten jedoch weiter, da das neue Berggesetz vorschrieb, dass die Bergbaugebiete ihre Ordnungen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes an das Gesetz anpassen können.<sup>69</sup> Die Judexcurialbeschlüsse versicherten die weitere Geltung der örtlichen Ordnungen, insofern sie den Gesetzen nicht widersprachen.<sup>70</sup>

Da die Bestrebungen der Bergrechtskodifikation trotz kräftigen Willens der Betroffenen immer scheiterten, wurde dieses Gebiet der Wirtschaft eigentlich durch das immer zu den neuen Erwartungen und technischen Entwicklungen angepassten Gewohnheitsrecht geregelt. Eine neue Kodifikation begann erst im Jahre 1957. Der Landtag hat am 1. Dezember 1960 das Gesetz III:1960 über das Bergwesen empfangen, das am 1. Juli 1961 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz setzt fest, dass das Recht des Bergbaus den Staat betrifft (§ 3),<sup>71</sup> das durch staatlichen Bergunternehmer geübt wird (§ 7). Also ist diese Lage zur Epoche vor dem Mongolensturm ähnlich. Nach der Wende ist das G XLVIII:1993 verfasst worden, wonach die aufgezählten Bergprodukte im Eigentum des Staates sind, die nach der Ausbeutung in Eigentum der Bergunternehmen übergehen, wofür sie dem Staat ‘Fron‘ zahlen müssen (§ 3).<sup>72</sup> Das neue Berggesetz enthält eigentlich das Prinzip der Bergregalität, die jetzt statt des Königs den Staat betrifft.

In dieser Zusammenfassung können wir bemerken, dass die Geschichte der Bergrechtskodifikation immer durch die wirtschaftlichen Interessen geprägt wurde. Die Beteiligten des Bergbaus wollten aus ihren Vorteilen nichts aufgeben, diese Tatsache verhinderte aber die Gesetzgebung. Die Bergrechtsgeschichte ist von den Rechtshistorikern in Ungarn ganz vernachlässigt, obwohl das Bergwesen schon im Mittelalter einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Ungarn war. Nach den Kalkülen von László Zsámboki machten die Arbeiter in der Montanindustrie nur das halb Prozent der Einwohner aus, sie versicherten aber das 30-50 Prozent der staatlichen Einnahmen.<sup>73</sup>

---

<sup>68</sup> Schmidt Bd. 19, 1837, 343, Hofkammerdekret, 18. April 1801: Die Erläuterungen *“nicht als Statutarische – denn das waren die ehemaligen alten Ordnungen – und nur diesen oder jenen Bezirke betreffende, sondern als geschriebene positive, und allgemein verbindende Gesetze, wie sie es nach Zeugnis alterer Urkunden von ihren Anbeginn fortan waren, betrachtet werden müssen.“*

<sup>69</sup> Allgemeines Berggesetz für das Kaiserthum Oesterreich, 1854, 16. Hauptstück, Übergangs-Bestimmungen §§ 274f. Vgl. Balkay – Szeőke 1901, 8.

<sup>70</sup> Judexcurialbeschlüsse VII/IV § 16. Vgl. ebd. 9.

<sup>71</sup> Das Gesetz siehe in: László Kiss (Hrg.): *A bányatörvény 15 éve* [15 Jahre des Berggesetzes]. Országos Magyar Bányászati és Kohászati Egyesület, Budapest, 1976, 8-71.

<sup>72</sup> [http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy\\_doc.cgi?docid=99300048.TV](http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=99300048.TV) (16.11.2017.)

<sup>73</sup> Zsámboki 2005, 59.



GEDEON Magdolna\*

A bányajog, mint a természeti erőforrások jogának történeti áttekintése\*\*

1. Bányafelség, bányaregálé

Ha a bányajog, mint természeti erőforrásokkal kapcsolatos joganyag történetét vizsgáljuk, láthatjuk, hogy egybefonódnak benne a bányászattal, kohászattal és erdészettel, tehát a montanisztikával kapcsolatos szabályok. Ez a három terület ugyanis egymást feltételezve, elválaszthatatlanul fonódott egymásba. Ennek következtében az első erdészeti tanintézetet a bányakamara intézeteként szervezték Selmezbányán, majd 1846-ban egyesült a bányász-kohász alma materrel, s lett a hivatalos neve k. und k. Berg- und Forstakademie.<sup>1</sup>

A bányászat-kohászat irányítása, és a belőle származó bevételek biztosítása aprólékos közigazgatási jogi szabályozást igényelt. A tevékenység veszélyes volta miatt ezen a területen jelentek meg a korai munkajogi és szociális jellegű előírások is. Emellett a bányászathoz szükséges jelentős befektetések a magánjogi, társasági jogi szabályok kialakulását alapozták meg.

A bányajogi szabályok alakulását alapvetően befolyásolta az uralkodónak a montanisztika irányításában betöltött szerepe. A koronázással ugyanis a király nemcsak az állam vezetőjévé, hanem a bányászati-kohászati tevékenység irányítójává is vált, ő volt a legfőbb bányauúr, az oberster Bergherr.<sup>2</sup> A bányászat sajátos szükségletei megkívánták, hogy legyen valaki, aki az egész ágazatot egy személyben, mint legfőbb bányauúr a kezében tartsa. Az uralkodót azonban nemcsak a bányászat irányítása illette meg, hanem a bányatermékek feletti rendelkezési jog is. Jogi szempontból ezért a legmeghatározóbb kérdés, milyen alapon tarthatott igényt az uralkodó a bányakincsekre, a természeti erőforrásokra. Ebből a szempontból a szakirodalom két nagyobb korszakot állapít meg, a tatárjárás előtti és utáni korszakot. A forrásokból levonható következtetések szerint az első korszakban a király magának tartotta meg a bányákkal rendelkező földterületeket, és azt saját embereivel aknáztatta ki, akiket a magyarok egyes oklevelek tanúsága szerint a rabszolgapiacon vásároltak. Későbbi törvényekből és egyes oklevelekből pedig arra lehet következtetni, hogy az uralkodó, ha egy földesúr birtokán nemesfémbányát találtak, azt a maga részére kisajátíthatta.<sup>3</sup>

\* dr. jur., PhD, egyetemi docens, Miskolci Egyetem, Állam- és Jogtudományi Kar, Jogelméleti és Jogszociológiai Tanszék, e-mail: jogmagdi@uni-miskolc.hu

\*\* *A tanulmány az Igazságügyi Minisztérium jogászképzés színvonalának emelését célzó programjai keretében valósult meg.*

<sup>1</sup> Zsámboki László: Évezredes kapcsolat a bányászat, a kohászat és az erdészet között, in: Zsámboki László (szerk.): *Selmei ezüst, körnöci arany*, Rudabánya-Miskolc, Érc- és Ásványbányászati Múzeum, 2005, 8.

<sup>2</sup> Wenzel Gusztáv: *A magyar bányajog rendszere*, Pest, Athenaeum, 1872, 74.

<sup>3</sup> Példaként ld. azt az oklevelet, melyben IV. László király Chermele helység fejében, ahol aranybányát nyitottak, Endre fia Mátyásnak Nadaser helységet adományozta 1277-ben.

Így az első, tatárjárás előtti korszakban maga az uralkodó végezte a bányászati tevékenységet, a második korszakban pedig a bányaregálé elvénél fogva tartott igényt a nem a birtokában álló földterületeken lévő bányák kincseire, vagy még inkább annak egy részére.

A szakirodalomban az az egyöntetű vélemény uralkodik, hogy a bányaregálé intézményét Németországból vettük át. Heiner Lück szerint a bányajog megjelenése a Német-római Birodalomban éppen a bányaregálé kialakulásával van összefüggésben, amivel első ízben a Roncagliai gyűlésen találkozhatunk 1158-ban.<sup>4</sup> A bányaregálé kialakulásával kapcsolatban a másik fontos megjegyzés szintén a német szakirodalomban, hogy ez az intézmény akkor került megfogalmazásra, mikor a pápaság és a császárság harcában egyértelművé kellett tenni, mi tartozik az egyházi és mi a császári vagyonhoz.<sup>5</sup> Ha a magyarországi viszonyokat nézzük, a 13. században kezdődik el a királyi földbirtokok nagyobb arányú eladományozása, és egyértelművé kellett tenni, hogy az esetlegesen a földbirtokban talált nemesfémek kihez tartoznak.<sup>6</sup>

A Német Birodalomtól átvett bányaregálé intézménye – amellett, hogy őt illették meg a legfontosabb bányatermékek – számos jogosítvánnyal ruházta fel az uralkodót. Wenzel Gusztáv szerint a regáléjogokat el kell választani a felségjogoktól. A bányafelség az államot illeti, az állam eszméjében gyökerezik, és a végrehajtó, törvényhozó és igazságszolgáltató hatalomban jut kifejeződésre. Más kérdés, hogy ezeket a hatalmi jogosítványokat a királyság első évszázadaiban egyedül a király gyakorolta.

---

Az oklevél szövegét ld. in: Wenzel Gusztáv (szerk.): *Codex diplomaticus Arpadianus continuatus – Árpád-kori új okmánytár* XII. Pest, 1874, 199-201. Vö. Ember Győző: *Az újkori magyar közigazgatás története Moháctól a török kiűzéséig*, Budapest, Irodalmi, Művészeti és Tudományos Intézet, 1946, 286.

<sup>4</sup> Heiner Lück: Die Entwicklung des deutschen Bergrechts und der Bergbaudirektion bis zum Allgemeinen (preußischen) Berggesetz 1865, in: Wolfhard Weber (Hrg.): *Geschichte des deutschen Bergbaus*, Bd. 2: *Salze, Erden und Kohlen. Der Aufbruch in die Moderne im 18. und frühen 19. Jahrhundert*, Münster, Aschendorff Verlag, 2015, 111.

<sup>5</sup> Ld. Lena Asrih: Zur Problematik des Bergregalbegriffs und zu den Anfängen des Bergregals in der Markgrafschaft Meißen, in: *ArcheoMontan 2012, Internationale Fachtagung, Dippoldiswalde 18. bis 20. Oktober 2012*, Landesamt für Archäologie, Freistaat Sachsen, 154.

<sup>6</sup> Így pl. a bányaregálé alapján az uralkodót a bányatermékek után megillető rész, első említése éppen abban az oklevélben található 1211-ből, amelyben II. András a Német Lovagrendnek adományozza a Barcaságot, és feljogosítja őket arany- és ezüstbányák nyitására. (Az oklevél szövegét ld. Fejér György: *Codex Diplomaticus Hungariae ecclesiasticus ac civilis* III/1. Buda, 1829, 106-108.) A terület átengedése miatt egyértelművé kellett tenni, hogy ha az eladományozott területen a lovagok nemesfém-bányákat találnak, annak egy részét az uralkodónak kell átengedniük, de az oklevél még nem jelöli meg, mekkora ez a rész. Mivel, mint tudjuk, a Német Lovagrendet nem a bányászat kedvéért, hanem határvédelmi célokból csalogatta II. András a Barcaságba, ezért, egyes véleményektől eltérően, ennek a megegyezésnek nem az célja, hogy a lovagrendiek szabadon kutathatnak ércek után, hanem a németországi példához hasonlóan rögzítették, hogy a nemesfémek a királyé, de kiaknázásukért cserébe, kapnak egy részt belőle a Német Lovagrend tagjai is.

A regáléjogok azonban a király számára fenntartott haszonvételi jogok közé tartoztak, magát a királyt illették, a bányászat sajátos szükségleteiből és nem az állam eszméjéből eredtek. A király a bányászat területén, mint legfőbb bányaur (oberster Bergherr) gyakorolta az őt megillető jogokat.<sup>7</sup>

Nyugat-Európában a bányaregálé a hűbéri rendszer keretében működött, az uralkodó tulajdonaként irányította az egész bányászatot, és a befolyó jövedelmek felhasználásáról is a saját belátása szerint döntött. A Habsburg uralkodók szerették volna ezt a felfogást Magyarországon is törvény formájában meghonosítani, ami azonban a bányavárosok és a magyar rendek ellenállásába ütközött. A magyar felfogás szerint ugyanis a király a bányászatot nem saját tulajdonaként irányíthatta, hanem mindenkor a törvények betartásával, lényegében a rendekkel együtt, a bányavárosok szokásjogát összefoglaló jogkönyvek tiszteletben tartásával. Egyes felfogások szerint a bányászattal kapcsolatos törvények meghozatalára éppen azért volt szükség a helyi bányajogok mellett, hogy a királyt a bányaregálé jogának gyakorlásában korlátozni tudják.<sup>8</sup>

Ez a felfogás szorosan kapcsolódik a Szent Korona tanhoz. A Szent Korona tan már Werbőczy előtt is megjelent a forrásokban. Egy korai említését éppen a IV. Béla által, Selmezbánya részére kiállított privilégiumlevélben találjuk.<sup>9</sup> Timon Ákos szerint ebben az időben „a Magyar nép az államot, mint az összesség érdekében szervezett társadalmat, mint szerves egységet a szent koronában látta megtestesítve.”<sup>10</sup> Ezt a felfogást tükrözi a selmezbányai privilégiumlevél is.

A Szent Korona tan továbbfejlesztett változatát írta le Werbőczy a Tripartitumban.<sup>11</sup> Werbőczy nyomán a Szent Korona tan – lényegét röviden összefoglalva a – azt jelentette, hogy bár az állam élén a király állt, mégis hatalmát a Szent Korona tagjai korlátozni tudták. A Szent Korona tagjai pedig azok voltak, akik birtokaikat a Szent Koronától származtatták, a nemesek mellett a történelmi egyházak és a városok, melyek területeiket szintén a királytól kapták.<sup>12</sup>

---

<sup>7</sup> Wenzel 1872, 74.

<sup>8</sup> Balkay Béla – Szeőke Imre: *Magyar bányajog*, Budapest, Apolló, 1901, 5.

<sup>9</sup> „[...] vnd gebnn In vnd verleihnn, Recht vnd freyheitt als hernoch geschribnn set, Die der heilignn Krön vnd ihrem nwtz wol fueggn vnd frummen.“ ([...] és adunk nekik jogot és szabadságot az alább leírtak szerint, melyek a szent koronának és hasznának javára és üdvére vannak). Fuchs Péter (Ford.): *Das Rechtsbuch von Schemnitz – Selmezbánya város középkori jogkönyve*, Budapest, Montan-Press, 2009, 15.

<sup>10</sup> Timon Ákos: *Magyar alkotmány- és jogtörténet, különös tekintettel a nyugati államok jogfejlődésére*, Budapest, Hornyánszky Viktor Könyvkiadóhivatala, 1906, 490.

<sup>11</sup> HK I. 3. 6. §. Ld. in: Werbőczy István: *Tripartitum*, (ford. Csiky Kálmán), Budapest, Téka Könyvkiadó, 1990, 66.

<sup>12</sup> HK I. 4. 1. §. „És az ily nemesek az imént magyarázott kapcsolat és részesedés alapján a szent korona tagjainak tekintendők.” Ld. in: Werbőczy 1990, 67.

Ebben az értelemben találjuk meg a Szent Koronára való utalást az 1514. évi I. törvénycikkben: „[...] a királyi szent korona valóságos és igaz jövedelmeit eddigelé különböző emberek részére lekötötték s időlegesen elidegenítették. [...] mindenek előtt batároztuk: hogy a királyi felség összes jövedelmeit, [...] a bányákat és minden sókamarát, arany- és ezüstbányákat meg a királyi városokat tényleg vissza kell adni;”<sup>13</sup> Tehát a rendek ezen a területen, mint a Szent Korona tagjai, korlátozhatták a király jogait. Ez a törvénycikk is bizonyítja, hogy a király bányaregálé jogosultságát a törvényekkel korlátozni lehetett, hiszen a király nem dönthetett egyedül arról, hogy elidegeníti a bányákat.

Milyen jogok eredtek az uralkodó számára a bányaregáléból? A kiindulási alap, hogy a fenntartott bányakincsek tulajdonjoga elvált a földtulajdontól, azaz nem képezték a földbirtok részét, hanem azok a legfőbb bányaurat illették.<sup>14</sup> Az irányadó szokásjog szerint – amint arról az előbb szó volt – a király azt a birtokot, ahol bányát találtak, egy másik birtokért cserébe vehette igénybe. Mivel a földesurak meg akarták tartani saját területeiket, ezért inkább elitkolták, hogy birtokaikon bányák találhatók. Az uralkodó, a földesurak bányászatban való érdekeltségének megteremtése érdekében megengedte, hogy az urbura<sup>15</sup> egy részét megtartsák. Így Károly Róbert már 1327-ben megengedte – „hogy az istentől az emberek hasznára rendelt kincsek napvilágra jöjjenek” – a földesurak a birtokuk mellett a bányajövedelem egyharmadát is megtarthatták.<sup>16</sup> A későbbi törvénycikkek azonban a király földcseréhez való jogát is megerősítették, de azt a földesurak beleegyezésétől tették függővé.<sup>17</sup>

II. Ulászló az 1492. évi XXX. törvénycikkben megengedte a földesuraknak, hogy a birtokaikon található nemesfémeket szabadon bányászhatják, azaz a földesúri bányaszabadságot hirdette ki.<sup>18</sup> A törvénycikk egyes interpretációi szerint ezzel a nemesfémek a földbirtok részévé váltak, azaz a földbirtokos tulajdonába kerültek.<sup>19</sup>

---

<sup>13</sup> A törvénycikk szövegét ld. in: Márkus Dezső (szerk.): *Corpus Juris Hungarici*, Budapest, Franklin Társulat, 1897-1846, 1899, 707.

<sup>14</sup> Vö. Wenzel 1872, 77.

<sup>15</sup> Az urbura a bányászati vállalkozó által a kibányászott nemesfémek bizonyos hányadát jelentette, melyet az uralkodónak kellett átengednie. Ez a hányad a kibányászott arany egytizede, az ezüst esetében pedig egy nyolcada volt.

<sup>16</sup> A rendelkezés szövegét és a forrásjegyzéket ld. Izsó István: *Szemelvények a középkori montanisztika magyarországi történetének írott forrásaiból (1000-1526)*, Rudabánya, Érc- és Ásványbányászati Múzeum Alapítvány, 2006, 16-17.

<sup>17</sup> 1351: XIII; 1405: XIII; 1486: XLIX. Ld. in: Márkus 1899, 175, 237, 447.

<sup>18</sup> Ld. in: Márkus 1899, 498, 499.

<sup>19</sup> Azt a hibás nézetet, hogy a földesúri bányaszabadság kihirdetése után a bányatermékek a föld részének voltak tekinthetők Szabó Béla vetette fel: Szabó Béla: A bányajog forrásai és szabályozásának tárgya a 16. századi Magyarországon, in: Zsámboki László (szerk.): *Agricola évszázada*. Miskolc, Miskolci Egyetem, 1994, 67-88, 69. Sajnálatos módon ez a téves felfogás a szakirodalomban is követőkre talált: Szemán Attila: A bányászat az ország három részre szakadása idején a 16. század közepétől 1711-ig, in: Zsámboki László (szerk.): *A magyar bányászat évezredes története I*, Budapest, OMBKE, 1997, 153.

Ez a megállapítás azonban téves. Ezek a felfogások a bányaszabadság helytelen értelmezésén alapulnak, azt az elgondolást tükrözik, hogy a bányaszabadság a bányák szabad felkutatását és művelését jelenti, lényegében az uralkodó lemond az őt megillető jogokról. Ezzel szemben a bányaszabadság fogalma helyesen a következő: „*A bányaszabadság a bányaregáléval rendelkező személy (Regalherr) jogát jelenti arra, hogy a regálé alá eső ásványokat – tekintet nélkül a földfelszíni tulajdonviszonyokra – bányászhatja. Ez a jog magában foglalta annak jogát is, hogy a regálé jogosultja a bányászatot másnak engedje meg. Ebben az esetben azonban a regálé jogosultja által megadott feltételeket be kellett tartani.*”<sup>20</sup>

A földesúri bányaszabadság – ez utóbbi értelmének figyelemben tartásával – azt jelentette, hogy a király, mint *Regalherr*, a fenti törvénycikkkel megengedte a földesuraknak, hogy a saját birtokaikon maguk aknázzák ki a nemesfémeket. Ezt a tevékenységet – amint az a törvényben is szerepel – csak az uralkodó engedélyével, meghatározott feltételek mellett, azaz az urbura befizetésével, bányahatósági felügyelet alatt gyakorolhatták a földesurak. Ennek a törvénynek így az volt a célja, hogy a földesurak a birtokaikon található bányákat ne titkolják el, attól való félelmükben, hogy az uralkodó, aki maga akarta a nemesfémeket kiaknázni, elveszi tőlük a földbirtokot.<sup>21</sup> Ezt a nézetet támasztja alá az is, hogy egyes földesurak a bányaszabadság törvényi kihirdetése után is kértek és kaptak az uralkodótól bányászati kiváltságleveleket.<sup>22</sup>

Az 1523. évi XXXIX. törvénycikk a bányaszabadságot mindenki számára kihirdette, ami azt jelentette, hogy ha valaki kutatási majd bányászati engedélyt kért, és azt megkapta a bányahatóságtól, bárkinek a földjén, szabadon végezhetett bányászati tevékenységet.<sup>23</sup>

A bányaregálé a következő jogosultságokkal ruházta még fel az uralkodót:

1. A földbirtokosnak tehát megfelelő engedélyek nélkül semmilyen joga nem volt a fenntartott bányatermékekhez. Milyen ásványok tartoztak ebbe a körbe? Ezt nem sorolták fel taxatív, a törvénycikkekben csak példálózó felsorolásokat találunk, melyekből az arany- és ezüstércek sohasem hiányoznak. Pl. az 1492. évi XXX. törvénycikk: „[...] *aliquae minerae auri, vel argenti [...] aut quaevis metalla [...]*” ([...] arany-, ezüst- [...] és miféle ércek).<sup>24</sup> A sóra azonban a bányaszabadság egyáltalán nem vonatkozott, a sónak a bányászatát és forgalmazását a király nem engedte át.<sup>25</sup>

---

<sup>20</sup> Lück 2015, 118. (Ford. G. M.).

<sup>21</sup> Ezt a nézetet képviseli Hóman Bálint is. Vö. Hóman Bálint: *A Magyar Királyság pénzügyei és gazdaságpolitikája Károly Róbert korában*, Budapest, Nap Kiadó, 2003, 198.

<sup>22</sup> Ilyen privilégiumlevelet kapott például Andrassy Miklós 1669-ben. Az oklevél szövegét ld. Wenzel Gusztáv: *Magyarország bányászatának kritikai története*, Budapest, 1880, 394.

<sup>23</sup> „Hogy arany és ezüst bőven legyen: engedje meg a királyi felség, hogy arany- és ezüst-, valamint a réz és más ércbányákat mindenki szabadon művelje.” Ld. in: Márkus 1899, 819.

<sup>24</sup> Ld. Márkus 1899, 498, 499.

<sup>25</sup> Ezt a körülményt az 1492. évi XXX. tc. is hangsúlyozza: „[...] *kivéve a sóaknákat, melyek az uralkodó hatalmának és használatának tartatnak fenn.*” Ld. in: Márkus 1899, 499.

2. A bányászattal kapcsolatos jogokat, azaz a kutatást, bányanyitást, bányaművelést, tehát csak a legfőbb bányauúr, azaz a király felhatalmazása alapján lehetett gyakorolni. A felhatalmazás történhetett az előbb említett törvények mellett privilégiumlevél útján is, amit az uralkodó bányavárosoknak vagy egyes magánszemélyeknek adott. Ilyen privilégium alapján jöttek létre a bányavárosok is, mint pl. Selmezbánya.

3. A bányaregálé alapján tehát a bányászati vállalkozók a kitermelt ezüst nyolcadát, az arany tizedét a királynak adták, a többit maguknak tarthatták meg, és azzal szabadon rendelkezhettek. Ennek következtében a nyers nemesfém gyakran külföldre került, ezáltal a fémek értéke a külföldi kereslettől függött.<sup>26</sup> Károly Róbert reformjai körében ezt a szabad rendelkezést szüntette meg 1325-ben a királyi nemesércmonopólium bevezetésével. Ez azt jelentette, hogy a bányavállalkozók az arany- és ezüstérceket egy fizikai előkészítés után nem adhatták el szabadon, hanem kizárólag az erre felállított kamarákban értékesíthették azokat.<sup>27</sup> A megállapított ár természetesen alacsonyabb volt, mint a piaci ár.

A nemesfémek feldolgozását is állami felügyelet alá vonták. A bányavárosokban királyi beváltó és finomító műhelyeket állítottak fel, ahová a kibányászott arany- és ezüstérceket be kellett szállítani. Az oklevelek tanúsága szerint az e szabály ellen vétők vagyonek Kobzással és becsületük elvesztésével bünhődtek. A büntetéssel való fenyegetésen kívül úgy próbálták titkos magánolvasztók működtetését megakadályozni, hogy a nemesfémek egyéb ércektől való elválasztásához szükséges ólom kereskedelmét is állami monopólium alá vonták, és az ólom fogyásából következtetni tudtak arra, hogy valahol titkosan kohósítják az ezüstöt.<sup>28</sup>

A király bányaregáléból eredő jogosultságaival lehet összefüggésbe hozni a magyarországi bányavidékek kialakulását, és az azokon uralkodó eltérő joganyag érvényesülését, a bányajog nagymértékű partikularitását. Mint láttuk, az uralkodónak jogában állt saját, bányászathoz való jogosultságát másnak átengedni. Ennek legfőbb módja a privilégiumlevél adása volt. A kiváltságlevél nemcsak a bányászat átengedésére terjedt ki, hanem arra is, hogy a jogosultak saját joganyagukat alkalmazhatták. A bányavárosok körében erre a legjobb példa Selmezbánya, ahol a külföldről betelepült bányavállalkozók magukkal hozták ősrégi szokásjogi szabályaikat is, melyeket a városi jogkönyvben foglaltak össze, és melynek alkalmazását IV. Béla a városnak adott privilégiumlevélben erősítette meg. A másik legfőbb regáléjogosultság – az urbura szedése – a bányagazgatás kialakulását alapozta meg.

---

<sup>26</sup> Vö Ember 1946, 289.

<sup>27</sup> A vonatkozó források felsorolását ld. Izsó 2006, 16; Hóman 2003, 127-128.

<sup>28</sup> Paulinyi Oszkár: Magyarország aranytermelése a XV. század végén és a XVI. század derekán, in: Buza János – Draskóczy István (szerk.): *Gazdag föld – szegény ország*, Budapest, Corvinus Egyetem, 2005, 69.

## 2. A Miksa-féle bányarendtartás bevezetése és hatása

A fentiekből látható, hogy az uralkodók és a montángazdaság résztvevői között üzleti megfontolásokból egy érdekszövetség alakult ki, melyben a felek a bevételek növelését tűzték ki célul. Ebben az érdekszövetségben mindkét fél jól járt. Az uralkodó ugyanis megspórolta a bányászathoz szükséges költséges felszerelés, a szakemberek beszerzését, az urbura révén azonban jelentős bevételre számíthatott. A bányászati vállalkozók pedig a kitermelt nemesfémek 90-92 %-át szerezhették meg, emellett a tevékenységük nyomán kialakuló bányavárosokban jelentős hatalomra tettek szert és nagymértékű függetlenséget élveztek az állami hatalomtól.<sup>29</sup> Az uralkodó és a bányászati vállalkozók között létrejött megállapodásban a koncessziós szerződések előképét fedezhetjük fel.

A 16. századra azonban megváltoztak a körülmények, megnövekedtek a bányák terhei. A mélyebben fekvő rétegekből egyre költségesebbé vált az ércek kitermelése. A vállalkozók ezért a kibányászott kincseknek mind nagyobb részét akarták megtartani, az udvar pedig ennek elkerülésére mind jobban ki akarta terjeszteni felügyeletét a bányászati tevékenység felett. Paulinyi Oszkár kutatásaiból<sup>30</sup> tudjuk, hogy ez a harc vezetett egy új bányarendtartás kiadásához, hiszen a bányászati vállalkozók a nemesfémeket a kötelező kamarai beváltás előtt megpróbálták külföldre csempészni. Az állami centralizáció kísérlete természetesen a bányavárosok ellenállásába ütközött, ezért az ún. Maximilianische Bergordnung<sup>31</sup> kihirdetésére – amely az király jogosultságait akarta megszilárdítani – csak 1573. február 16-án kerülhetett sor, miután a bányavárosok régi bányajogaiból összeállított ún. 'felvilágosító szabályokat' a bányarendtartáshoz függelékként csatolták. A rendelet ugyanis azt az idegen felfogást próbálta bevezetni az országba, mely szerint "*a bányaregálé közvetlenül a fejedelemlennek van fenntartva.*"<sup>32</sup> Ekkor jelentkezett a nézeteltérés a magyar rendek és a Habsburg uralkodók között, akik a fenntartott bányatermékekből eredő hasznót saját maguk érdekében, a rendek beleszólása nélkül akarták felhasználni.

<sup>29</sup> Ebből a szempontból a bányavárosoknak adott egyes privilégiumok konkrét tartalma, részletszabályai valószínűleg az uralkodó és a bányavállalkozók megegyezésétől függött, azokból általános megállapításokat levonni – mint ahogy azzal Weisz Boglárka próbálkozik – felesleges és nem is célszerű. Vö. Weisz Boglárka: A nemesérc-bányászathoz kötődő privilégiumok az Árpád- és Anjou-korban, *Történelmi Szemle*, 2008/2, 141-161; Uő: A bányaváros, mint önálló várostípus a 14. században, in: *Bányászattörténeti közlemények*, 2015/1, 31-57.

<sup>30</sup> Paulinyi Oszkár: A bányajoghatóság centralizációjának első kísérlete Magyarországon, *Századok*, 1980/1, 3-25.

<sup>31</sup> *Neue Berg-Ordnung des Königreichs Ungarn, und solcher Cron einverleibten Gold, Silber, Kupfer, und anderer Metall- Bergwerken, Sammt denen Erläuterungen zweyer Alten Berg-Ordnungen Der sieben königl. Freyen Berg-Städte 1. Chemnitz u. Königsberg 2. Schemnitz, Neusohl, Bugganz, Dülln und Libeten*, Aus der k. auch k. Hof- und Staats Druckerey, Wien, 1805. (a továbbiakban MBO = Maximilianische Bergordnung).

<sup>32</sup> Christoph Traugott Delius: Értkezés a bányászati kamarális tudomány alapelveiről, (ford.: Mihalovits János), in: *Bevezetés a bányatan elméletébe és gyakorlásába valamint a bányakincstári tudományok alaptételeinek ismertetésébe*, Függelék (ford.: Bódai Gábor), Budapest, OMBKE Bányászati Szakosztály, I. 22. §.

Bár a bányavárosok elérték, hogy a Bergordnung rendelkezései csak szubszidiáriusan érvényesülhettek a felvilágosító szabályok mögött (MBO I. 5.), az uralkodók úgy szereztek érvényt akaratuknak, hogy hozzájuk hű személyekre cserélték a hivatalnokokat.<sup>33</sup>

Ha a bányavárosok által összeállított felvilágosító szabályokat megvizsgáljuk, láthatjuk, hogy azok tartalma technikai jellegű, nem a városi igazgatásra vonatkoznak. A partikuláris bányajogok alkalmazását a Miksa-féle bányarendtartás sosem tudta kizsorítani. A bányarendtartás betartatására még Mária Terézia korában is rendeletben kellett figyelmeztetni a hivatalnokokat.

### **3. Első kísérletek a bányajog kodifikációjára**

A 18. században a centralizáció felerősödött, a magyar rendek kizsorítása a bányászatból befolyó bevételek felhasználásának ellenőrzéséből felgyorsult. Mária Teréziának uralkodása kezdetén előbb az örökösödési, majd a hétéves háború idején rengeteg pénzre volt szüksége. A háborúhoz szükséges pénzt kölcsönökkel akarta előteremteni, amihez a bányászati jövedelmek, elsősorban a réztermelés nyújtott fedezetet.<sup>34</sup> Mária Terézia ezért a bányászati igazgatás centralizálásával elérte a rendek teljes kizsorítását a montanisztika területéről, és mint egy valódi 'Bergfrau,' egyedül, rendeletekkel irányította ezt a gazdasági ágazatot. A Schmidt-féle bányajogi jogszabálygyűjteményben nyolc kötet tesznek ki az uralkodása alatt hozott rendeletek.<sup>35</sup> Ezek a jogforrások azt mutatják, hogy a királynő mindent a saját kezében akart tartani, még egy kocsi fa árába is beleszólt. Uralkodása alatt megreformálta a bányagazgatást, a változtatások hozzájárultak a kincstár bevételeinek növeléséhez.

A bürokratizálódás mellett a műszaki fejlődés is szükségessé tette, a Miksa-féle bányarendtartás régi szabályainak a megváltozott viszonyokhoz való igazítását. Mária Terézia után az Udvari Kamara továbbvitte a királynő által elkezdett abszolutisztikus folyamatot, hatalmát teljesen kiterjesztette a montángazdaság területére. Ezt az eljárást a magyar rendek a jog eszközével, pontosabban a bányajog kodifikációjával próbálták megváltoztatni.

---

<sup>33</sup> Ezt az eljárást támasztja alá, hogy a rendtartás szerint a legfontosabb bányászati hivatalnokok hivatali esküjüket a király személyét képviselő főkamagróf előtt voltak kötelesek letenni (MBO XLVI. 1-13).

<sup>34</sup> Erről bővebben ld. Gedeon Magdolna: Die Rolle des Bergregals bei den Darlehensgeschäften der ungarischen Könige, in: Terézia Hisemová (szerk.): *The loan as usury? Compulsory enforcement of judgment – historical and law foundations and problems of application practice I.*, Kosice, Pavol Jozef Safárik University in Kosice, Faculty of Law, 2017, 65-78.

<sup>35</sup> Franz Anton Schmidt (Bearb.): *Chronologisch-Systematische Sammlung der Berggesetze der Österreichischen Monarchie. (II. Abteilung): Chronologisch-Systematische Sammlung der Berggesetze der Königreiche: Ungarn, Dalmatien, Slavonien und des Großfürstenthums Siebenbürgen*, Bd. 7-14: Vom Jahre 1741 bis 1780. Wien, 1834-1836.



A kodifikációs törekvések már az 1790/91-es országgyűlésen elkezdődtek, mikor LXVII. tc., a XXII. tc.<sup>36</sup> elrendelte, hogy egy Deputatio Montanisticát nevezzenek ki, amelynek a magyar bányatörvény megalkotását tűzte feladatául. Bár a bizottság összeállított egy 53 szakaszból álló tervezetet, azt nem fogadták el törvényként. Az 1827. évi IX. tc. új bizottságot nevezett ki,<sup>37</sup> amely az addigi szabályokat szisztematikusan rendszerezte és egy 189 szakaszból álló tervezetet állított össze. Ezt azonban az országgyűlés meg sem tárgyalta.<sup>38</sup>

Az első, valódi magyar törvénytervezet 1844-ben terjesztették az országgyűlés elé. Az Udvari Kamara egy bizottságot küldött ki a törvénytervezet megvizsgálására. A bizottság jelentéséből kiderül, hogy az új bányatörvény éppen a király, az oberster Bergherr jogait korlátozta volna, és a montángazdaság területén az országgyűlést több jogosítvánnyal ruházta fel. Ez a törvénytervezet az idegen udvari kamarai hivatalnokok teljhatalmának kívánt gátat szabni, ami azt jelentette volna, hogy megszűnik az Udvari Kamara felelőtlen gazdasági irányítása, és a nemzeti, alkotmányos szempontokat figyelembe vevő viszonyok alakulnak ki, tehát a bányászatból származó bevételek nemcsak egyedül az uralkodót, hanem az egész országot gazdagíthatták volna. E jelentés miatt a törvényt az uralkodó nem szentesítette. Wenzel Gusztáv a következőket jegyzi meg a törvénytervezetről: „*az 1844-ki javaslat igen helyesen nem többé azt szabályozza, ami a bányaregálé, hanem azt, ami a királyi bányaadományozás és bányarendély tárgya, azaz a kérdést a bányaregálé magánjogilag meddő abstract fogalma köréből, a bányaszabadság által gyakorlatilag rendezett jogélet terére helyezi által.*”<sup>39</sup>

A szabadságharc leverése és az utána bevezetett neoabszolútizmus lehetővé tették – mivel a magyar országgyűlést az uralkodó nem hívta össze – hogy 1854-ben az osztrák Általános Bányatörvényt vezessék be az országban. Ez a törvény megszilárdította a Habsburgok teljhatalmát a bányászat területén. Az 1844-es tervezettől eltérően tartalmazta az uralkodó regáléjogát, amelynek értelmében egyedül a király rendelkezhetett a bányajövedelmekkel. A törvény azonban felszámolta a feudális kötöttségeket, és a technikai fejlődés is erőteljesebb ösztönzést nyert.<sup>40</sup> A harmadik szakaszban szerepel a bányaregálé fogalma. Az uralkodónak fenntartott bányászati termékek között a törvény a szenet is felsorolja.

---

<sup>36</sup> A magyar rendek törekvése befolyásuk visszaszerzésére a bányászat területén ebben a törvénycikkben is tükröződik. A törvénycikkben ugyanis a király megígérte a rendeknek, hogy a bányászatot a Magyar Udvari Kamara irányítása alá helyezi, és a bányászati törvényeket az országgyűléssel együtt reformálja meg. A törvénycikk azonban a következőképpen fejeződik be: „[...] a bányaiügy gazdasági szabályozását Ő királyi felsége, mint királyi jogköréhez tartozót, saját elhatározásának tartván fenn.” Ld. in: Márkus 1901, 166-167. Ez azt jelentette, hogy a király, mint legfőbb bányáur, a bevételekről továbbra is egyedül akart rendelkezni, valamint a gazdasági viszonyokat egymaga, rendeletekkel szabályozhatta.

<sup>37</sup> Márkus 1901, 442-443.

<sup>38</sup> Balkay Béla: Bányatörvényünk reformálásának első kísérletei, in: *Bányászati és Kohászati Lapok, Bányászat*, 1904. II. 464. Wenzel 1872, 60.

<sup>39</sup> Wenzel 1872, 86.

<sup>40</sup> István Izsó: The introduction and influence of the Austrian Common Mining Law in Hungary, in: *The 150th anniversary of issue of the Common Mining Law* (Konferencia, Hradec nad Moravici, Czech Republic, 9. 2004., Montanex, Ostrava 2004.) 16.

Ez azt jelentette, hogy a szén nem képezte tartozékát a földtulajdonnak, hanem az a többi fenntartott ásvánnyal együtt az uralkodót illette meg.<sup>41</sup>

Az Ideiglenes Törvénykezési Szabályok<sup>42</sup> 1861-ben elrendelték, hogy az osztrák Általános Bányatörvény a magyar bányatörvény megalkotásáig hatályban marad, kivéve a szénre vonatkozó szakaszokat. Amint az előbb láthattuk, az osztrák bányatörvény a szenet az uralkodónak fenntartott ásványok közé sorolta, azaz a szén is elvált a földbirtok tulajdonától, és egyedül az uralkodó rendelkezhetett vele, a másnak átengedett szénbányászati jogosítvány ellenében beszedhette utána az urburát. Az ITSZ szerint azonban a szén nem tartozott a fenntartott ásványok közé, hanem a földbirtok részét képezte,<sup>43</sup> ennek megfelelően a földtulajdonos rendelkezhetett vele. Az ITSZ szénre vonatkozó szabályai ezzel II. József rendeletéhez tértek vissza. A magyar bányatörvény megalkotását mintegy száz éven keresztül az egyik legfontosabb természeti erőforrással kapcsolatos szabályozás körüli vita akadályozta meg.

#### **4. A természeti erőforrásokra vonatkozó bányajogi szabályok változása a 18. században**

A bányászati tevékenység örökös problémájának számított a járatok víztelenítése. A víztelenítésre alkalmazott berendezéseket emberi erővel vagy lovakkal működtették. Ez nagyon alacsony hatásfokkal működő, túlzottan költséges megoldás volt.<sup>44</sup> Ezért mindennél fontosabb feladatnak számított, az állati és emberi erőt gépekkel felváltani. 1722-ben az angol Isaac Potter, gépész állította fel az első tűzgéppel hajtott szivattyút<sup>45</sup> a Selmechánya mellett fekvő Újbányán, mely Magyarországon az első, a kontinensen a másodikként felállított víztelenítésre alkalmazott gőzgép volt, amit feltalálója után Newcomen tűzgépnek, vagy a felállítója után Potter-féle gőzgépnek is neveztek.<sup>46</sup>

---

<sup>41</sup> „Bányaregálé alatt azt a főúri felségjogot kell érteni, amely szerint a természetes lelőhelyén előforduló ásványok a legmagasabb királyi felség kizárólagos rendelkezésére tartatnak fenn” (ford. G. M.), ld. in: *Das allgemeine österreichische Berggesetz vom 23. Mai 1854, und die Verordnungen über die Bergwerksabgaben vom 4. October 1854*, erläutert von Gustav von Grenzenstein, Wien, Friedrich Manz, 1855, 79.

<sup>42</sup> Az 1861-es Országbírói Értekezlet határozatai 1861-ben a korábbi magyar szabályokhoz való visszatérést rendelte el, az 1848-as változtatásoknak megfelelően, egyúttal kimondták az osztrák törvények hatályon kívül helyezését.

<sup>43</sup> Ideiglenes törvénykezési szabályok VII. Bányauigy, I. Fejezet a köszénről 1. §. Ld. in: Márkus 1896, 307.

<sup>44</sup> A 18. században alkalmazott víztelenítési technikákhoz ld. Cristoph Traugott Delius: *Anleitung zu der Bergbaukunst*, Wien, Kaiserl. königl. Buchdruckerei, 1773, 379-388. Vö. Péch Antal: *Alsó-Magyarország bányaművelésének története II/1*. Budapest, MTA, 1887, 332-342.

<sup>45</sup> Leupold Jacob: *Theatrum machinarum hydraulicum*, Bd. II. Leipzig, Christoph Zunkel, 1725. A IX. fejezetben a szerző részletes leírást ad az Újbányán felállított gőzgépről.

<sup>46</sup> Pethe Lajos: *Fémányászatunk technikai fejlődése*, Budapest, Stádium Sajtóvállalat Rt., 1929, 29.

A selmecbányai bányákban 1734 és 1771 között további hat gőzgépet üzemeltett be Fischer von Erlach. Ezek a gépek lehetővé tették a folyamatos, vízállástól független munkát a bányákban.<sup>47</sup> A technikai fejlődés, valamint új nemesfém-bányák felfedezése a 18. század közepén felvirágoztatták Selmecbányán a bányászati tevékenységet, ami a kincstár számára a bevételek jelentős növekedését jelentette. A gőzgépek működtetése azonban nagyon sok tüzelőanyagot igényelt. A Newcomen gőzgépeknél különösen hátrányt jelentett, hogy a vízemelő berendezést a befecskendezett víz lehűtötte, ezért a tüzelőanyag nagy része arra ment el, hogy a hengerek falát újra felfűtse.<sup>48</sup>

Ebben az időben Magyarországon a fa volt az egyetlen tüzelőanyag, amit azonban nagy mennyiségben használtak fel az üveggyártáshoz, valamint a kohók fűtéséhez is. A faanyag biztosítására már korábban is születtek jogszabályok. Az első szabályok a bányák közelében fekvő erdőbirtokosokat kötelezték, hogy az erdeikben túrniuk kell a bányászathoz szükséges famennyiség kitermelését. Majd 1565-ben II. Miksa erdőrendtartása – igaz, hogy csak a besztercebányai rézmű erdeire vonatkozóan – már az erdők kezelésének szabályait is tartalmazta.<sup>49</sup>

A Miksa-féle új bányarendtartásban is találunk az erdőkre vonatkozó fejezetet. A rendtartás értelmében a bányavidékeken az erdőket a király számára kellett fenntartani, és bárki birtokában voltak, egyezkedni kellett az erdőbirtokosokkal a bányákhoz szükséges fa kitermelésének érdekében.<sup>50</sup> A rendtartás szerint az erdőigazgatás nem különült el a bányászati igazgatástól, hiszen a helyiek favágására szánt helyet a bányamester jelölhette ki, a vágásra vonatkozó rendelet megalkotása pedig a főkamagrófnak<sup>51</sup> vagy helyettesének a feladata lett.<sup>52</sup>

A bányarendtartás erdőkre vonatkozó passzusai mellett, a bányai igazgatás körében még több rendelet született az erdőkre vonatkozóan, melyek az erdőgazdálkodást a bányászati faszükségletének megfelelően szabályozták. Ezek a rendeletek partikuláris jellegűek voltak, az adott terület bányászatához és az erdők birtokosi viszonyaihoz igazodtak.

---

<sup>47</sup> Jacob 1725, 26. 97.

<sup>48</sup> Leupold Jacob leírása szerint az újbányai gőzgép 24 óra alatt 10 m<sup>3</sup> fát égetett el. Jacob 1725, 26. 97.

<sup>49</sup> Ezt a törekvést a rendtartás címe is tükrözi: *"I. Miksa római császárnak, Magyarország és Csehország királyának rendtartása, mely szerint a magyar királyi bányavárosok a birtokukban és joghatóságukban lévő erdőket, ligeteket és legelőket kitermelni, kezelni és gyarapítani tartoznak. 1565."* A rendtartás latin nyelvű szövegét ld. Schmidt 1834, Bd. 2. 87-134. A XVI. század közepén folyó erdőgazdálkodás szabályozásáról bővebben ld. Mastalir Ernőné: Erdőgazdálkodás Agricola korában, in: Zsámboki 1994, 61-66.

<sup>50</sup> MBO XLIV. 1.

<sup>51</sup> A főkamagróf hivataláról bővebben ld. Gedeon Magdolna: A főkamagróf hivatala Mária Terézia korában. In: *Publicationes Universitatis Miskolcensis, Sectio Juridica et Politica*, 2012/30, 53-65.

<sup>52</sup> MBO XLIV. 3-5.

A rendeletek az erdőpusztítást büntetéssel fenyegették, tiltották az állatok erdőkben való legeltetését, valamint szabályozták a bányászat és a helyi lakosok faszükségletének kielégítését.<sup>53</sup> Ez utóbbi rendeletek azt kívánták elérni, hogy az erdők elsősorban a bányászat faszükségletét elégítsék ki, és a városok minél kevesebb fát használjanak.

Az erdővédelem átfogó szabályozása Mária Teréziának az osztrák erdőrendtartás mintájára megalkotott híres erdőrendtartásával valósult meg 1770-ben.<sup>54</sup> Az Erdőrendtartás aprólékos utasítást adott a meglévő erdők gondozására, az erdőtelepítésre, az erdők felmérésére. A rendelet tiltotta az erdőkben az állatok legeltetését, a házépítést, a tűzgyújtást. A nagy mennyiségű fa felhasználásával járó tevékenységek – mint az ércbányászat, salétrom-, üveggyártás és hamuzsírforrás – nem kerültek ugyan betiltásra, de kezdeményezésüket be kellett jelenteni.<sup>55</sup> Az erdők védelmére hozott jogszabályok azonban nem környezetvédelmi szempontokból, hanem a montángazdaság faszükségletének kielégítése céljából születtek.

A vízemelő gőzgépek számára szükséges fűtőanyag előteremtésének másik útját a szénhasználat növelése jelentette. Bár a szén alkalmazása Angliában már elterjedt, ezt a fűtőanyagot a 18. században Magyarországon még alig ismerték. Az Udvari Kamara több rendeletet bocsátott ki, melyek a szén után való kutatást díjak kitűzésével próbálták ösztönözni.<sup>56</sup>

1872-ben a Helytartótanács elrendelte, hogy a megyék a területükön található tőzeg és szénbányákat jelentsék be. Erre a rendeletre tíz város és tíz megye jelentkezett.<sup>57</sup> A probléma a következő volt: Az ásványok a bányaregálénál fogva a királyt illették, tehát nem képezték a földbirtok részét. Az általános bányaszabadság alapján, aki a bányamestertől engedélyt kapott, az bárkinek a földjén szén után is szabadon kutathatott. A földesurak természetesen nem akarták földjüket bányászati célokra átengedni. Ez oda vezetett, hogy 1788-ban az Udvari Kamara kiadott egy dekrétumot, amely kivette a szén a bányászati jurisdikció alól, ezáltal a szén a földbirtok részét képezte, így a földtulajdonos szabadon rendelkezhetett vele.<sup>58</sup>

---

<sup>53</sup> A bányászat és kohászat szükségleteit szolgáló erdők védelmére vonatkozó jogszabályok felsorolását ld. Izsó István: *A montanisztika magyarországi történetének levéltári forrásai II.* Budapest, Központi Bányászati Múzeum Alapítvány, 2009, 32-33.

<sup>54</sup> „*A fáknak és erdőknek neveléséről, és megtartásáról való rendelés*”, szövegét ld. latinul Tagányi Károly (szerk.), *Magyar erdészeti oklevéltár I.* 1015-1742, Budapest, Pátria, 1896, 296-314, magyarul: Tóth Pál (szerk.): *Erdőrendtartás 1770*, Az 1770. évi Erdőrendtartás, Miskolc, 1983, „Péchy Antal” Miniaturkönyv Gyűjtők Klubja. A miniatürkönyv Mária Terézia rendeletének Pozsonyban, 1770-ben kiadott magyar és német nyelvű szövegének hasonmás kiadását tartalmazza.

<sup>55</sup> Az erdővédelem szabályozásáról bővebben ld. Gedeon Magdolna: Az erdővédelem szabályozása Mária Terézia korában, in: Csák Csilla (szerk.): *Jogtudományi tanulmányok a fenntartható természeti erőforrások témakörében*, Miskolc, Miskolci Egyetem, 2012, 88-95.

<sup>56</sup> Udvari Kamara dekrétuma, 1766. szeptember 9.: „[...] annak, aki egy tőzegebányát talál olyan helyen, ahol eddig még nem volt ismert, 24 dukát prémiumot kap, és aki az érceket szénnel olvasztja, 100 dukát jutalmat kap” (ford. G. M.), ld. in: Schmidt Bd. 12, 1835, 444.

<sup>57</sup> Zsámboki László: A kőszénbányászat, kőszénhasznosítás első évszázada, in: Zsámboki 2005, 11.

<sup>58</sup> Udvari Kamara dekrétuma, 1788. június 20.: „[...] a magyar királyság területén és Erdélyben a még felfedezendő szénbányákra nézve a bányabírósnak megszűnik a kutatási engedély adására vonatkozó

E rendelet hatályát az osztrák Általános Bányatörvény szüntette meg 1854-ben, majd az ITSZ ezt a szabályt újra bevezette, ami a későbbi anomáliákhoz vezetett a bányatörvény megalkotásában. A bányatörvény tervezeteiben ugyanis nem tudták eldönteni, mi legyen a szén jogi sorsa. Erre a kérdésre nézve három variációt dolgoztak ki: az egyik elképzelés a szenet a fenntartott bányatermékek közé sorolta. Ez a felfogás elválasztotta a szenet a földtulajdontól, a regálésabályok alapján bárki a földtulajdonos engedélye nélkül bányászhatta. A másik tervezet nem választotta el a szenet a földtől, azonban lehetővé tette volna, hogy a földtulajdonos engedélye nélkül lehessen bányászni, és a törvény írta volna elő, hogyan kapjon a földtulajdonos megváltást a kibányászott szénért. A földművelési szempont szerint a szén a föld részének számított, csak a földtulajdonos engedélyével lehetett kutatni és bányászni, a földtulajdonosok szabadon kereskedhettek a szénnel, és egyezkedhettek a bányászati vállalkozókkal. A bányatörvény-tervezetek a következőképpen választottak a lehetőségek közül:

1791 – ez a tervezet nem említi külön a szenet, csak általában szól az ásványokról<sup>59</sup>

1827 – a szénről a földesúr és a bányász szabadon egyezkedhet

1844 – megváltási díj

1870 – a szén fenntartott ásvány

1872 – a szén fenntartott ásvány

1875 – a szén fenntartott ásvány

1884 – megváltási díj

1890 – megváltási díj

1903 – a szén fenntartott ásvány

A vonatkozó szakirodalomból kitűnik, hogy a bányászati vállalkozók nem akarták a szén fenntartott ásványok közé való sorolását. Ahogy azt Baross János országgyűlési képviselő előadta, a vállalkozók a földtulajdonosokkal 1903-ig megkötötték a szükséges szerződéseket, melyek a gyakorlatban jól működtek, ezért szerinte kedvezőbb lett volna olyan törvényt alkotni, mely szerint a szén a föld részét képezi, és az „akié a telek azé a szén” elvét tartalmazná.<sup>60</sup>

Bár a 20. század elején nem sikerült a magyar bányatörvény megalkotása, a bányászat egyes részterületeinek szabályozására születtek törvények. Így az 1911. évi VI. tc. az ásványolajfélékről és a földgázokról és az 1911. évi VII. tc. a káliumsókról. Ezek a törvénycikk a 1854-es osztrák bányatörvényben megfogalmazott regáléjogoknak megfelelően előírták, hogy a törvénycikkben szereplő ásványok felkutatása és kiaknázása csak engedély birtokában lehetséges.<sup>61</sup>

---

*jogosultsága, valamint a királyi adományozás, és a bányabírság illetékessége alól is teljes mértékben kikerül, és minden földesúrnak joga lesz szénbányákat keresni, és művelni“ (ford. G. M.), ld. in: Schmidt Bd. 17, 1837, 446. Ez a rendelet is azt a nézetet támasztja alá, hogy a földesúri bányaszabadság kihirdetése alapján a bányakincsek nem váltak a föld részévé.*

<sup>59</sup> Lányi Bertalan: *A bányajog alapelvei*, Budapest, Grill Károly Könyvkereskedés, 1897, 87.

<sup>60</sup> Baross 1904, 4.

<sup>61</sup> „*A bányaregáléből következik, hogy az uralkodónak fenntartott ásványok után csak azok kutathatnak, és bányászhatnak ki, akik arra az ezzel megbízott bányahivataltól engedélyt szereznek“ (ford. G. M.), in: Das allgemeine österreichische Berggesetz, 1854, 86.*

Az 1911. évi VI. tc. tartalmazza, az állami monopóliumot az ásványolajfélékre, tehát ezeket az ásványokat csak az állam kutathatta és bányászhatta, de még az államnak is engedélyt kellett erre kérni, hiszen regálé jogosultságánál fogva ez a természeti erőforrás az uralkodót illette (3. §).<sup>62</sup> E monopólium lehetővé tette az olaj tervszerű kutatását, ami 1937-ben az ásványi olaj kitermeléséhez vezetett Budafapusztán.<sup>63</sup>

A bányajog kodifikációjára irányuló kísérletek az I. világháború után félbemaradtak. A trianoni békeszerződés után Magyarországon csak egy bányakapitányság maradt, ezért a legfőbb feladatot a bányagazgatás újjászervezése jelentette.<sup>64</sup> A II. világháború után a bányászatot is államosították, a bányák a bányatermékekkel együtt – a szén is beleértve – állami tulajdonban kerültek. Ebben az időszakban a bányászati tevékenységet központi utasításokkal szabályozták.<sup>65</sup>

Ha a bányajogi források történetét áttekintjük, észrevehetjük, hogy a régi bányavárosok, mint Selmezbánya és Körmöcbánya 13. századbeli bányajogi szabályai lényegében 1961-ig megőrizték hatályukat. A Miksa-féle bányarendtartást, mint láttuk, a bányavárosok ellenállása miatt csak úgy tudták a hét alsó-magyarországi bányavárosban kihirdetni, hogy a bányavárosok bányajogából összeállított ún. felvilágosító szabályokat (Erläuterungen), függelékként a bányarendtartáshoz csatolták.<sup>66</sup> A bányarendtartás rendelkezése szerint pedig szabályait csak abban az esetben lehetett alkalmazni, ha a felvilágosító szabályokban nem volt megfelelő szabály az adott esetre.<sup>67</sup> Ezek szerint a bányarendtartás csak szubszidiáriusan érvényesült a függelékben összeállított városi bányajogi szabályok mögött. Az 1723. évi 108. tc. a Maximilianische Bergordnungot mint a bányabíróságokon alkalmazott *lex privata*-t törvényerőre emelte.<sup>68</sup> A felvilágosító szabályokat pedig az Udvari Kamara 1801-ben egy rendelettel, mint általánosan érvényes bányajogi normákat, az egész országban kötelezővé tette.<sup>68</sup>

---

<sup>62</sup> Márkus 1912, 405.

<sup>63</sup> Vö. Izsó 2004, 17.

<sup>64</sup> A hét városból, ahol a trianoni békeszerződések előtt bányakapitányságok működtek – Besztercebánya (Banská Bystrica) Igló (Spisská Nová Ves) Nagybánya (Baia Mare) Zalatna (Zlatna) Oravica (Oravita) Zágráb (Zagreb) Budapest – csak Budapest maradt Magyarország területén.

<sup>65</sup> Izsó 2004, 17.

<sup>66</sup> MBO I. § 5.

<sup>67</sup> In: Márkus 1900, 646, 1723. évi CVIII (II) tc.: „*Judicia montanistica, secundum privatas eorundem leges, ultra seculum stabilitas: in suo esse manebunt.*“

<sup>68</sup> Az Udvari Kamara dekrétuma, 1801. április 18.: „A felvilágosító szabályokat nem, mint statútumokat – mivel azok egykori régi rendtartások voltak – és csak egyik-másik bányakerületre vonatkoztak, hanem mint írott, pozitív és általánosan kötelező törvényeket, amint azt régebbi oklevelek a kezdetektől bizonyítják, kell figyelembe venni” (ford. G. M.), ld. in: Schmidt 1837, Bd. 19, 343.

Az 1723. évi 108. tc. segítségével a Miksa-féle bányarendtartás 1854-ig, az osztrák bányatörvény bevezetéséig hatályban maradt. A bányavárosok szabályai azonban továbbéltek, mivel ez a törvény előírta, hogy a bányavidékek rendtartásait egy meghatározott időintervallumon belül a bányatörvényhez lehet igazítani.<sup>69</sup> Az ITSZ szabályai pedig a helyi rendtartások érvényességét biztosították, ha azok nem voltak ellentmondásosak a hatályos törvényekkel.<sup>70</sup>

Mivel a kodifikációs törekvések az érintettek akarata ellenére mindig megfeneklettek, a bányászatot lényegében a különféle érdekköröknek és technikai fejlődésnek megfelelő szokásjogi szabályok uralták. A bányajog kodifikációját 1957-ben vetették fel újra. Az országgyűlés 1960. december 1-én fogadta el a bányászatról szóló 1960. évi III. törvényt, amely 1961. július 1-én lépett hatályba. Ez a törvény kimondja, hogy „a bányászat joga az államot illeti” (3. §),<sup>71</sup> amely „bányászati jogát erre a célra alakított gazdálkodó szervek (vállalat, bányatröszt a továbbiakban bányavállalat) útján gyakorolja” (7. §) Ebben a megoldásban az uralkodónak a tatárjárás előtti korszakban gyakorolt bányászati tevékenységét fedezhetjük fel.

A rendszerváltás után az 1993. évi XLVIII. törvény szól a bányászatról. A törvény értelmében a benne felsorolt természeti erőforrások az állam tulajdonában állnak, kitermelésükkel azonban a bányavállalkozóé lesznek, amiért az államnak bányajáradékot, azaz urburát kell fizetni (3. §).<sup>72</sup> Így a hatályos bányatörvény lényegében a bányaregálé elve alapján áll, az ebből eredő jogosultságok azonban nem az uralkodót, hanem az államot illetik.

E rövid történeti áttekintésből kiderül, hogy a bányajogi szabályok mindig a bányászatban résztvevők érdekeinek megfelelően változtak, akik saját előnyeikhez messzemenőig ragaszkodtak. Ez nem véletlen. Zsámboki László számításai szerint a montángazdaságban dolgozók a középkor folyamán a lakosság kb. fél százalékát jelentették, mégis az állami bevételek 30-50 százalékát ők biztosították.<sup>73</sup>

---

<sup>69</sup> Berggesetz 1854, 16. Hauptstück, Übergangs-Bestimmungen §§ 274f. Balkay – Szeőke 1901, 8.

<sup>70</sup> ITSZ VII. IV. Fejezet Bányai és bányászati tárgyakat illető jogról, 16. §, in: Márkus 1899, 309.

<sup>71</sup> A törvényt szövegét ld. in: Kiss László (szerk.): *A bányatörvény 15 éve*, Budapest, OMBKE, 1976, 8-71.

<sup>72</sup> A törvényt lásd [https://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy\\_doc.cgi?docid=99300048.TV](https://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=99300048.TV) (2017.11.12.)

<sup>73</sup> Zsámboki 2005, 59.